

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 1,60 M., im Voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konpartierung des Blattes ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontonummer: Berlin 87536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. ...

Hafenkreuz und Reichswehr

Hochverräterische Umtriebe der Nationalsozialisten. - Neue Verhaftungen.

Zur Verhaftung von Reichswehroffizieren in Ulm teilt nunmehr W.P. mit:

Das Reichswehrministerium hat vor einiger Zeit durch Meldungen aus der Truppe erfahren, daß einige junge Offiziere im nationalsozialistischen Sinne zu wirken versuchten. ...

Das Reichswehrministerium hat die Angelegenheit der Reichsanwaltschaft übergeben; diese hat zwei Leutnants des Standortes Ulm und einen ehemaligen Offizier verhaften lassen. ...

Die Namen der aktiven Offiziere sind noch nicht bekannt, bei dem ehemaligen Offizier handelt es sich um einen Oberleutnant a. D. Wendt.

Die Hugenbergsche „Nachtausgabe“ nennt die Verhaftungen „überreife Entscheidungen“, sie spricht von „falschen Gerüchten über Rechtsputschpläne“ und findet schließlich den Dreh: „Links politische Propaganda, parteipolitische Agitation im übelsten Sinne.“

Es handelt sich so sehr um „links politische Propaganda“, daß die Linkspresse diese Tatsachen, die ihr seit Tagen bekannt waren, nicht veröffentlicht hat, um keine Gerüchthäufung hervorzurufen. ...

Das Hugenberg-Organ behauptet weiter, daß das Reichswehrministerium die ganze Angelegenheit für bedeutungslos halte. Das ist eine Auslegung: das Reichswehrministerium erklärt, daß die Zerlegungsversuche keine Bedeutung gewinnen konnten, weil durchgegriffen wurde. ...

Das Hugenberg-Organ behauptet dreist und gottesfürchtig, nach dem Erlaß seien übereilt auf Gerüchte hin einige Verhaftungen vorgenommen worden. ...

Man sieht, wie sich das Organ des Herrn Hugenberg bemüht, die Angelegenheit zu bagatellisieren, sie zu verschleiern, sie als Propagandamanöver der Linken hinzustellen. ...

Im übrigen handelt es sich nicht um einen einzigen Einzelfall, sondern um den systematischen Versuch der Nationalsozialisten, im Offizierkorps der Reichswehr Bundesgenossen für einen Rechtsputsch zu finden. ...

Neue Verhaftungen.

München, 14. März. (Eigenbericht.)

In den letzten Tagen sind immer wieder Gerüchte laut geworden, die von einer Verhaftung von Reichswehroffizieren in bayerischen Garnisonen wegen Verfehlung des Heeres mit nationalsozialistischer Propaganda wissen wollten. ...

Rückzug der Sowjetpolitik.

Restlose Aufgabe des Stalin-Kurses.

Rowns, 14. März. (Zl.)

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat am Freitag das Präsidium des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Vorsitz Stalins folgende Beschlüsse gefaßt:

Nachdem die Sowjetbehörden bisher die individuellen Bauernwirtschaften zwangsweise aufgelöst haben, hat die Partei festgestellt, daß eine solche Kollektivierung nicht mehr den Interessen der Partei entspricht. ...

- 1. Sofortige Einstellung sämtlicher Maßnahmen gegen die individuellen Bauernwirtschaften.
2. Sämtliche Märkte sollen sofort geöffnet werden.
3. Die Schließung von Kirchen soll sofort eingestellt werden, ...

Das Zentralkomitee der KPdSU hat die Gedankengänge des Stalinschen Artikels zu Beschlüssen verdichtet. Diese Beschlüsse bedeuten einen völligen Rückzug der Sowjetpolitik von dem Kurse des Terrors auf dem Lande.

Diese Beschlüsse sind erzwungen durch die schwere Gefahr, mit der die Ausaatkampagne durch die bisherige Politik der Kollektivierung bedroht ist. ...

Die Beschlüsse bestätigen offiziell die Kurschwankung der Stalinschen Politik, sie sind bezeichnend für die Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Lage der Sowjetunion, in die der Stalin-Kurs hineingeführt hat.

Kapp-Putsch - Neue Putschgefahr!

Die Berliner Sozialdemokratie ruft zu einer großen Kundgebung am Sonntag, dem 16. März 1930, vormittags 11 Uhr, nach der „Neuen Welt“, Hasenholde. Redner: Carl Severing, Otto Wels

Parteigenossen, Arbeiter Berlins, erscheint in Massen! Der Bezirksvorstand.

Hafenkreuz als Kulturbvernichter

Fried zerstört die Volkshochschule.

Von Alfred Braunthal.

Daß die Nationalsozialisten der Hort der schwärzesten politischen Reaktion sind, weiß man zur Genüge. In dem Augenblick aber, in dem sie in einem Lande zur Macht gekommen sind, zeigt es sich, daß sie auch der Hort der schwärzesten Kulturreaktion sind. ...

In keinem Lande Deutschlands ist auf so engem Raum von der Volkshochschulbewegung an aufbauender Kulturarbeit so viel geleistet, an schöpferischen Kräften soviel gemekelt worden wie in Thüringen. Die Volkshochschule Thüringen, auf altem Kulturboden entstanden, in einer Stadt ihr Zentrum findend, in der sich die geistigen Kräfte einer hochqualifizierten Arbeiterschaft (Zeiß!) mit einer alten Universitäts-tradition glücklich verbanden, errang rasch eine führende Stellung in der ganzen Volkshochschulbewegung Deutschlands. ...

Und eine weitere große Leistung hat Thüringen auf dem Gebiete der Volkshochschulbewegung herbeigebbracht, die der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands besonders ans Herz gewachsen ist: die Heimvolkshochschule Tinz, die lange Zeit die einzige und auch heute noch die größte sozialistische Heimvolkshochschule Deutschlands ist. ...

Mit der Volkshochschule Thüringen mußte sich die Sozialdemokratie zwar oft auseinandersetzen. Sie konnte sich mit gewissen neuromanischen Strömungen, die dort stellenweise übermogen, nicht einverstanden erklären. ...

Und dieses ganze große Werk der Erwachsenenbildung in Thüringen soll nun mit brutaler Faust zerschlagen werden! Der Volkshochschule Thüringen, die in Stadt und Land eine unermüdete Arbeit leistet, in 18 Städten örtliche Volkshochschulen unterhält und durch 15 Kreisberater das flache Land mit Kulturarbeit durchdringt, sollen sämtliche staatlichen Zuschüsse gestrichen werden, ebenso der Volkshochschule Dreißigacker und den drei Wirtschaftsschulen (in Gotha, Jena und Altenburg), in denen wichtige Arbeiterbildung geleistet wird; der Staatszuschuß für die Heimvolkshochschule Tinz soll auf ein Drittel herabgesetzt werden, womit sie natürlich zum Absterben verurteilt würde. ...

Republikerschutz kommt.

In 2. Lesung angenommen. — Große Mehrheit. — Dienstag Schlußabstimmung.

Das Gesetz zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens wurde am Freitag in zweiter Beratung verabschiedet. Die Widerstandskraft der Opposition war gebrochen. Nach unbedeutender Debatte erfolgten die Abstimmungen. Mehrere waren namentlich. Es zeigte sich, daß die Mehrheit für das Gesetz sehr groß ist. Im allgemeinen standen rund 270 Stimmen den etwa 110 Stimmen der Opposition gegenüber.

Heute erfolgt die dritte Lesung des Gesetzes. Die Schlußabstimmungen werden am Dienstag erfolgen.

Die zweite Lesung.

Im Reichstag sprach am Freitag nachmittags zum Republikerschutzgesetz Abg. Dr. Emminger (Bayer. Sp.) die Zustimmung seiner Partei aus.

Abg. Dr. Goerling (Dnat.) polemisierte gegen die juristischen Ausführungen des Reichsjustizministers und gegen Abg. Landsberg. Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Nur unter Ueberwindung persönlichen Grolls antwortete ich dem Abg. Landsberg. (Präsident Loh ruft den Schimpfer zur Ordnung und mahnt ihn an die parlamentarische Form, da er sonst das Wort sehr bald wieder verlieren werde.) Der Beschimpfung des toten Paul Leo hält Goebbels entgegen, daß die „Reipziger Volkszeitung“ den verstorbenen Eugen Richter einen „Streich nach im Sterben“ genannt habe. Dann will er durch Verlesung scharfer Neuerungen gegen lebende Gegner aus dem Bruderkrieg der deutschen Sozialdemokratie die elende Besudlung eines Toten rechtfertigen. Als er von „Schwarzrotgelb“ spricht, erhebt ihn der Präsident, die verfassungsmäßige Bezeichnung zu gebrauchen. Wenn man uns verbietet, werden wir in der illegalen Arbeit die Schüler der alten Sozialdemokratie sein.

Abg. Herbert (Kaufm.) greift in einer ablehnenden Erklärung den Staat im Holentzugserstlich an, was fürmischen Protest der Regierungsparteien und eine Mahnung des Präsidenten hervorruft. In der Einzelabstimmung wird ein kommunistischer Antrag auf Streichung des § 5 — Verbot geheimer oder staatsfeindlicher Verbindungen, die den Staat untergraben — mit 277 Stimmen der Regierungsparteien gegen 111 Stimmen der rechten und äußersten linken Opposition abgelehnt, ebenso der Streichungsantrag gegen den § 6 — Verherrlichung bösgenauer Gewalttätigkeiten.

Ein Antrag Dr. Scholz (D.Bp.), den Flaggenschutz auch auf die Handelsflagge (schwarzweißrot mit der Götze) auszudehnen, wird von den Regierungsparteien angenommen.

Ein Antrag Dr. Goerling (Dnat.) will die Formel „verfassungsmäßig festgelegte republikanische Staatsform“ dahin erläutern, daß sie die Reichs- und die Länderverfassungen bezeichne und die staatsbürgerliche Kritik in Ausübung der Meinungsfreiheit straflos lasse; es erfolgt Ablehnung mit 320 gegen nur 74 Stimmen. Die Bestimmung, daß die Polizei Verammlungen bei Aufforderung zur Zusammenkunft gegen das Republikenschutzgesetz auflösen kann, wird mit 255 gegen 145 Stimmen aufrechterhalten. Die Gültigkeit des Gesetzes ist bekräftigt bis zum Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches, äußerstenfalls bis 1. Januar 1932. Die Wirtschaftspartei samt dem Bayerischen Bauernbund stimmt zumeist mit den Regierungsparteien.

Nach Erledigung dieser Abstimmungen folgt die erste Lesung des Brotgesetzes.

Abg. Hoerle (Kamm.): Dieses Gesetz soll dem Arbeiter das Brot möglichst verteuern. Und das noch in dieser Zeit des Massenelends. Die beabsichtigte Herabsetzung der Roggenmehlausmahlung vermehrt die Menge der Roggenkleie. Man wird den Zoll auf dieses Futtermittel erhöhen müssen, denn sonst müßten die Agrarier nicht, wohin damit. Man wird gemischtes Brot als Weizenbrot verkaufen.

Reichsernährungsminister Dietrich:

tritt den Ausführungen des Redner entgegen. Die Tatsachen nachricht in der Presse über die Absichten der Regierung seien nicht zutreffend. Mit Polen haben wir uns gegen Unterbietung des Roggenpreises geeinigt, aber Rußland treibt sehr durch seinen Export diese Unterbietung. (Wärm der Kommunisten.) Die Vorlage geht an den zuständigen Ausschuss.

Zur Vorlage auf

Änderung der Gewerbeordnung

führt Abg. Ewert-Thüringen (Kamm.) aus, daß die Vorlage von Volkgeist erfüllt sei.

Abg. Dr. Kahl (D.Bp.) wünscht, daß die Frage der Kurierfreiheit nicht erst im neuen Strafgesetz, sondern in der Gewerbeordnung geregelt werde, ebenso das Verhältnis zwischen den Zahnärzten und Dentisten.

Das Gesetz geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss. — Es folgt der Bericht des Geschäftsordnungs Ausschusses über

Strafverfahren gegen Abgeordnete.

Abg. Bied (Kamm.): Die Häufung von Auslieferungen kommunistischer Abgeordneter ist ein Zeichen der Falschierung des Staatsapparates. Wenn dann Bluturteile ergeben, dann lagern die Sozialdemokraten, sie seien für die Rechtsprechung nicht verantwortlich. Lorgler soll nach dem Bericht eines Kriminalbeamten in einer Versammlung gefast haben: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.“ Das ist aber unsere politische Kampfpforte (Lachen rechts). Meinten wir sie physisch, so könnten wir den Nord so organisieren, wie die Rationalisten das tun. (Gelächter rechts.)

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.): Ueherlich ist die Behauptung Bieds, daß jene Parole nicht physisch gemeint sei. Noch sind die Kräfte am Grabe unseres Parteigenossen Wessel nicht trocken (Wärmende Zurufe der Kommunisten), unsere Partei hat niemals Worte verübt (Stimmlicher Widerspruch der Kommunisten und Sozialdemokraten), wir haben nie Nordparolen ausgesprochen. Sie (zu den Sozialdemokraten) wissen, daß wir ihnen im geistigen Kampfe überlegen sind (Große Heiterkeit der Sozialdemokraten), wenn wir hier und draußen Ihren Arbeitererzähl anprangern. Daran werden auch die schmalzigen und schwulstigen Redewendungen Landsbergs nichts ändern. (Rüge des Präsidenten.) Wir lehnen diese schamlosen Anträge ab. (Neue Rüge.)

Eine Anzahl Anträge auf Nichtauslieferung werden einstimmig angenommen. Ausgelsert werden die Abgg. Lorgler (Kamm.), Dr. Goebbels und Wagner (Nat.-Soz.).

Die dritte Lesung des Republikenschutzgesetzes wird nach Ablehnung kommunistischer und deutschnationaler Abfertigungsanträge auf den heutigen Abend 10 Uhr angesetzt. Abstimmungen Dienstag. — Schluß der Sitzung 17 1/2 Uhr.

Neue Agrarzollpläne.

Ermächtigung für die Regierung?

Mit den in den letzten Tagen im Reichstag stattgefundenen Besprechungen haben die Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien über die vom Reichsernährungsministerium angekündigten Sofortmaßnahmen für die Landwirtschaft begonnen. Es ist zu erwarten, daß die Preise für Roggen, die gegenwärtig auf rund 140 Mark pro Tonne gegenüber 158 Mark vor dem Kriege liegen, außerordentlich niedrig sind. Auch die im Dezember 1929 durchgeführten Zollmaßnahmen haben sich nicht in einer Preissteigerung ausgewirkt; die Zollerhöhung ist vielmehr durch eine stark rückläufige Entwicklung der Weltmarktpreise ausgeglichen worden. Die Preise für alle Getreidearten liegen heute zum mindesten etwas, bei Roggen sogar stark unter den Preisen im Dezember 1929. Neue Maßnahmen zur Stützung der Roggenpreise, insbesondere durch Beeinflussung der Futtermittelpreise, werden daher ermahnt.

Die Pläne des Reichsernährungsministeriums gehen dahin, den Weizen durch ein Weizenmonopol abzulösen und für Futtergetreide einen differenzierten Zoll einzuführen.

Von bürgerlicher Seite werden noch viel weitergehende Maßnahmen zur Steigerung der Getreidepreise gefordert. So soll die Regierung eine, allerdings auf das Kalenderjahr 1930 beschränkte Ermächtigung bekommen, die Zölle für Weizen, Roggen und Gerste nach freiem Ermessen so zu erhöhen oder zu ermäßigen, daß die im Weizenzollgesetz vom Dezember 1929 festgelegten Richtpreise von 260 Mark je Tonne Weizen und 230 Mark je Tonne Roggen erreicht und behauptet werden. Weiterhin wird die Einführung eines Weizenzolls als Schutz gegen die polnische Weizenimport, ferner die Erhöhung des Kartoffelzolls für die Zeit vom 15. Februar bis zum 31. März gefordert.

Gegen diesen Plan einer Ermächtigung an die Regierung bestehen Bedenken. Die Politik der Sozialdemokratie wird darauf eingestellt sein, von den Plänen des Reichsernährungsministers diejenigen Programmpunkte zu unterstützen, die sich in das mit der Wendung der deutschen Agrarpolitik begonnene landwirtschaftliche Reformprogramm einpassen.

Hugenburgs Antwort.

Eine Abfage an den Reichspräsidenten.

Die Aufforderung Hindenburgs, nach der Entscheidung über den Young-Plan den Kampf einzustellen, wird von Hugenberg persönlich abgelehnt. Er veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt:

„Unbeschadet der persönlichen Einstellung eines jeden einzelnen zu dem einst von uns auf den Schild erhobenen Reichspräsidenten können wir nach seiner gestrigen Erklärung nicht unausgesprochen lassen, daß wir den darin eingeschlagenen politischen Weg zu gehen nicht in der Lage sind.“

In aller Ehrfurcht vor dem Alter und vor den Taten des Feldherrn müssen wir sagen: Das Wort von der Einigkeit der Deutschen schließt die Tatsache nicht aus der Welt, daß Deutschland nur im Kampf gegen die durch die eigenen Reichen geschleichenen Mächte, gegen marxistische Vaterlandslosigkeit, gegen bürgerliche Feigheit, gegen Willenslosigkeit und Ruhezehndes, gegen Unehrlichkeit, Zerlegung und Sedenlosigkeit wieder gesund und stark werden kann.“

Die nationale Demagogie derer um Hugenberg soll weitergehen. „Wir sind uns völlig klar über den Weg, den wir einzuschlagen haben“, sagt Hugenberg. „Wohin der Weg führen soll, sagt ganz in seinem Sinne die „Kreuz-Zeitung“.“

„Und dennoch können wir vom Standpunkt der nationalen Opposition aus doch nur mit großem Schmerz Hindenburgs Namen unter dem Verklauungspakt sehen, auch weil wir der Meinung sind, daß ein immer weiteres Hinausschieben und Verlagen des Zusammenbruchs unseres ganzen Systems schließlich nur zu einer Verschärfung unserer ertörten Zustände führen kann. Einmal muß der Giftbecher doch ausgelert werden, den die verbrecherische Novemberrevolution gemischt hat. Wir werden uns um die große Entscheidung, die einmal kommen muß, nicht mehr lange herumdrücken können.“

Der Kurs soll also auf die Katastrophe gehen, auf den Staatsstreik gegen die demokratische Verfassung.

Letzter Rettungsversuch in London.

Aufrüstung statt Abrüstung.

London, 14. März. (Eigenbericht.)

Die Versuche, die Flottenkonferenz vor einem völligen Zusammenbruch zu retten, werden fortgesetzt. Macdonald fand am Freitag in dem Führer der amerikanischen Delegation, Stimson, einen energischen Helfer bei seinen Versuchen, zu retten, was noch zu retten ist. Die Hauptanforderungen der englischen und amerikanischen Delegierten gehen nach wie vor dahin, eine französisch-italienische Verständigung herbeizuführen. Trotzdem am Donnerstag die Aussichten hierfür zeitweise günstig schienen, kann von einem wirklichen Fortschritt bis zur Stunde nicht gesprochen werden.

Briland beharrt auf den französischen Forderungen, die nach den letzten Berechnungen der Experten praktisch auf eine Tonnage von 688 000 Tonnen hinauslaufen dürften. Geandt, der italienische Hauptdelegierte, bleibt bei der Forderung nach Parität mit Frankreich.

Mangels anderer greifbarer Hoffnungen konzentrieren sich alle Erwartungen auf die am Sonntag in Chequers, dem Landhof der britischen Ministerpräsidenten, stattfindende Aussprache zwischen Macdonald und Lardieu.

Am Freitag wurde zum ersten Male ernsthaft ein neuer Gedanke in die Diskussion geworfen, der eine überaus bedeutende Perspektive zu eröffnen scheint. Die Engländer und

Amerikaner haben wissen lassen, daß sie im Falle eines Scheiterns der französisch-italienischen Verständigung daran denken müßten,

eine Einigung zwischen den fünf Mächten unter Verzicht auf Abrüstung

herbeizuführen. Praktisch würde das darauf hinauskommen, daß die französischen Forderungen von den übrigen Mächten angenommen würden, und daß England, Amerika und Japan unter Zugrundelegung des französischen Programms ihre eigenen Flottenprogramme proportional vergrößern würden! Das würde, was England betrifft, praktisch bedeuten, daß England 35 000 zusätzliche Tonnen Kreuzer und 50 000 zusätzliche Tonnen neuer U-Boote zu bauen hätte. Trotzdem diese Möglichkeit ernsthaft in Konferenzkreisen erörtert wird, man bis auf weiteres annehmen, daß dieser Gedanke von englisch-amerikanischer Seite hauptsächlich aus taktischen Gründen in den Vordergrund gehoben wurde, um damit in letzter Stunde auf Frankreich und Italien einzuwirken.

In Konferenzkreisen kursiert seit einwöchigen Tagen das Gerücht, daß ein

englisch-amerikanisch-japanischer Dreimächtepakt fertig vorliegt

und angeblich bereits paraphiert sei. Man wird dieses Gerücht jedoch mit äußerster Vorsicht zur Kenntnis nehmen müssen.

Neuer Vorstoß gegen Macdonald.

Um das Schicksal der Bergbauvorlage.

London, 14. März. (Eigenbericht.)

Das Schicksal der Bergbaugesetzgebung ist noch immer in der Schwebe. Für die kommende Woche ist mit einem neuen liberal-konservativen Zusammengehen zu rechnen. Der Verbesserungsantrag, der in der kommenden Woche zur Debatte steht, betrifft die Regulierung des Kohlenmarktes. Er wird von der Regierung im Gegensatz zu dem konservativen Vorschlag, bei dem die Regierung in die Winderheft gerät, als ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes betrachtet. Falls die Opposition auch bei diesem Antrag eine Mehrheit erzielen sollte, wird von der Regierung eine Zurückziehung der gesamten Bergbaugesetzgebung ins Auge gefaßt. Praktisch würde ein derartiger Verzicht bedeuten, daß außer den organisatorischen Maßnahmen auch die Verringerung der Arbeitszeit im Bergbau und die Schaffung des geplanten Schiedsgerichts für Lohnfragen fallen. Die Arbeiter stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß die Regierung selbst im Falle eines Erfolges der Opposition die Klauseln über die Marktregelung, über Arbeitszeit und Lohnschiedsgericht dem Parlament unterbreiten müsse.

Cool droht mit Bergarbeiterstreik.

Im Hinblick auf die in parlamentarischen Kreisen umlaufenden Gerüchte, daß die Regierung im Falle einer Niederlage bei der Schlußabstimmung über die Kohlenbill den Gesegentwurf gänzlich

fallen lassen werde, hat der Bergarbeiterführer Cool eine Erklärung abgegeben, in der er sich für Neuwahlen anstatt Aufgabe der Bergbauvorlage einsetzt. Die Bergarbeiter erwarten, so führte Cool aus, daß die Regierung die Kohlenbill als eine Angelegenheit von hervorragender Bedeutung behandle. Falls die Bergbauvorlage im Unterhaus abgelehnt werden sollte, dürfte nach seiner Ansicht ein allgemeiner Streik in den Kohlengruben unvermeidlich werden. Eine Neuwahl wäre aber einem Streik infolge Aufgabe der Kohlenbill bei weitem vorzuziehen.

Konservativer Mißtrauensantrag abgelehnt.

Der von Baldwin eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Regierung Macdonald, der insbesondere mit deren freihändlerischen Tendenzen begründet wurde, ist mit 308 gegen 235 Stimmen abgelehnt worden. Die Liberalen haben für die Regierung gestimmt, da sie diesen schutzöllnerischen Vorstoß unmöglich unterstützen konnten.

Der Rechtsausschuss des Reichstags genehmigte am Freitag eine Vorlage zur Änderung und Ergänzung des Hypothekendarlehengesetzes. Durch die Vorlage werden die Sonderbestimmungen aus Anlaß der Geldentwertung wieder beseitigt.

Strasenantrag gegen die „Rote Fahne“. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat ein Strafverfahren wegen der in der Nummer 62 der „Roten Fahne“ erschienenen Artikel „Sozialdemokratisches Vergehen“ und „Henker Severing spricht“ eingeleitet.

Rapp-Tag und Volkstrauertag.

Die Schmerzen der Rapp-Freunde.

Der Antische Preussische Pressedienst schreibt: Am kommenden 16. März werden die republikanischen Organisationen in großen Kundgebungen der zehnjährigen Wiederkehr des Tages gedenken, an dem das verantwortungslose und volksfeindliche Abenteuer Rapps an der Generalstreik-Abwehraktion des arbeitenden deutschen Volkes gescheitert ist. Gleichzeitig aber fällt in diesem Jahr (Sonntag Reminiscere) auch der Trauertag, den seit einigen Jahren der „Volkshund für Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ zu veranstalten pflegt, auf den gleichen Tag. Dieses zufällige Zusammentreffen gibt rechtsstehenden Blättern Anlaß, die republikanischen Veranstaltungen am 16. März als eine „Entweihung“ des Trauertages zu bezeichnen.

Eine Große Anfrage der deutschnationalen Landtagsfraktion macht sich diese Anschauung zu eigen und fragt zugleich das preussische Staatsministerium, ob es zutrefte, „daß der preussische Ministerpräsident Braun die Hauptrede auf dieser gegen einen großen Teil des preussischen Volkes beabsichtigten Demonstration halten werde,“ und ob das Staatsministerium es billige, daß sein Präsident . . . an diesem Tage eine Demonstration führe, die erneut den bedauerlichen Zwist im deutschen Volke vertiefen müsse.

Ohne der Beantwortung dieser Großen Anfrage im Landtag im einzelnen vorzugreifen zu wollen, sei zunächst festgestellt, daß es sich bei dem „Volkstrauertag“ keineswegs um einen staatlich anerkannten oder überhaupt öffentlichen Gedenktag handelt. Die preussische Staatsregierung hat sich vielmehr bisher in jedem Jahre auf den Standpunkt gestellt, daß eine private Organisation, die sich zudem auf die ihr einmal gestellte Aufgabe beschränken sollte, weder das Recht besitzt, noch Anlaß hat, in Ueberraschung ihres Tätigkeitsbereiches öffentliche Trauertage anzusetzen. Das Staatsministerium glaubt vielmehr nach wie vor, daß die im gesamten deutschen Volk tief eingewurzelten traditionellen Toten-Gedenktage, wie der Totensonntag und in den katholischen Landesteilen Allerseelen in der würdevollsten Weise die Bestimmung erfüllen, der im Weltkrieg gefallenen Brüder zu gedenken.

Die Einheitlichkeit dieser wahrhaft volkstümlichen Gedenktage durch eigenmächtige private Neuschöpfungen zu stören, liegt weder Anlaß, noch Bedürfnis vor. Es kann daher keine Rede davon sein, daß die republikanischen Kundgebungen am Sonntag, dem 16. März, also am historischen Gedenktag des Zusammenbruchs des Rapp-Bundes, beabsichtigt oder auch nur geeignet seien, ein Gedenken der Gefallenen des Weltkrieges zu stören. Zu dieser Auffassung kann man auch nur kommen, wenn man, wie die deutschnationalen Landtagsfraktion, diese Kundgebungen als „Klassenkampf-Demonstrationen“ herabzusehen sucht, und wenn man weiter glauben machen will, daß sie sich „gegen einen großen Teil des deutschen Volkes wenden“. Die republikanischen Kundgebungen am 16. März wenden sich nicht negativ oder von irgendeinem Interessenstandpunkt aus gegen deutsche Volksgenossen, sondern dienen der Erneuerung und Betätigung des Treuegedankens zur Deutschen Republik, zum Volksstaat, das die Massen vor zehn Jahren durch die einmütige Abwehr eines verheerenden Experiments durch die Tat abgelegt haben.

Wenn irgend jemand diese Kundgebungen als gegen sich gerichtet ansieht und sich dadurch betroffen fühlt, so können das nur solche Kreise sein, die noch in den Gedankenängen der Anführer und Mittläufer des Rapp-Abenteurers leben und denen es zum Verhängnis geworden ist, unter der Maske nationaler Interessenwahrung den schwer genug erlittenen Wiederaufstieg des deutschen Volkes durch eine wahnwichtige Desperatopolitik erneut zu gefährden und zu unterbrechen. Wenn die deutschnationalen Landtagsfraktion diese Kreise mit der Bezeichnung „ein großer Teil des deutschen Volkes“ charakterisieren will, so liegt hier der Denkfehler der Argumentation der deutschnationalen Landtagsfraktion offen zutage.

Die Mittelstandsretter.

Der Wettlauf um die Mittelstandsstimmen.

In der Freitagssitzung des Landtags wurde die Generaldebatte über den Handelssektor zu Ende geführt. Sie bestand aus dem üblichen Wettlauf der bürgerlichen Mittelparteien um die Handwerker- und Kleinhandlersistimmen. Jeder Redner des Zentrums, der Volkspartei, der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der zahllosen Splitterparteien suchte den Rekord an Forderungen zur Mittelstandsrettung zu erreichen, auch dann, wenn diese Forderungen nur durch Schädigung viel breiterer Volksmassen zu erfüllen wären. Eine Ausnahme machte nur der Zentrumsarbeiter-Mehinger, der der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien ihre Arbeiterfeindlichkeit, ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit und ihren Mangel an Nächstenliebe gegenüber dem Arbeitsmann eindringlich vor Augen führte.

Auch der preussische Handelsminister Dr. Schreiber, so leidenschaftlich er für den selbständigen Kleinhandel und Handwerker kämpft, konnte doch nicht ohne alle Vorbehalte mitgehen. Daß z. B. die Bäckereien von ihm verlangt, er solle die Speiseanstalten der Großbetriebe bekämpfen, damit die Arbeiter kein warmes Mittagessen mehr bekommen können, sondern gezwungen sind, Brot zu essen, ging doch selbst ihm über die Haarschnur!

Das Geschwätz über Warenhäuser und Konsumvereine, soziale Lasten, Gewerbesteuer und die anderen Ladenhüter der Mittelstandsretterei in einzelnen aufzuführen, wäre unlohndend. Am Sonnabend wird sich die Debatte dem etwas fruchtbareren Gebiet des gewerblichen Unterrichtswesens zuwenden.

Die Masse fällt.

Christliche und böllische Gewerkschaften enthüllen sich.

Wien, 14. März. (Eigenbericht.)

Die gemeinsame Abwehrfront aller Gewerkschaften gegen das Antiterrorgefetz wurde von den christlichen und böllischen Gewerkschaften gesprengt. Diese beiden Organisationen haben der Arbeiterkammer mitgeteilt, daß sie an den weiteren Beratungen dieser Institution nicht mehr teilnehmen werden. Die freien Gewerkschaften beantworteten diesen Dolchstoß mit der Erklärung, daß sie jetzt allein den Kampf energisch weiterführen werden.

In Jerusalem wurden bei einer verbotenen Versammlung vier Juden und dreizehn Araber, sämtlich Kommunisten, verhaftet, Broschüren und Schriftstücke beschlagnahmt.

Reherverbrennung.



Deselbigen gleichen die Hohenpriester des Hakenkreuzes verspotteten ihn unter einander und sprachen: Er hat andere gerettet und kann ihn selber nicht vor uns retten.

Frankreichs Sozialversicherung.

Der Kampf im Senat.

Paris, 14. März. (Eigenbericht.)

Der Senat hat die Sitzungsarbeit an der Gesetzesnovelle über das Sozialversicherungsgefetz fortgesetzt. Es fehlte nicht an Versuchen der Reaktion, das ohnehin schon reichlich verstimmelte Gefetz noch einer zweiten Revision zu unterziehen, bis schließlich von der mit so vielärm angeknüpften großen Sozialreform nur noch der Rahmen übrig bliebe. Immerhin blieben diesmal die Punkte und das linke Zentrum den Sabotageversuchen gegenüber fest, so daß die zur Diskussion stehenden Kapitel ohne wesentliche Änderungen angenommen wurden.

Von den wichtigeren Artikeln, die erledigt wurden, sei § 1 des Artikels 2 erwähnt, der bestimmt, daß

Die Mittel für die Sozialversicherungskassen, sofern sie nicht staatliche Zusammenlagen sind, zur Hälfte von den Unternehmern, zur Hälfte von den Arbeitern aufgebracht werden sollen, bei den letzteren durch Abzüge vom Arbeitslohn.

Was die vielumstrittene Frage der Einteilung der Arbeiter in vier Gehaltskategorien betrifft, lag ein sozialistischer Zusatzantrag vor, auf Vermehrung der Lohnklassen von vier auf fünf. Infolge Ab-

wesenheit des Antragstellers wurde der Antrag an die Kommission zurückverwiesen. Ein Antrag des sozialistischen Senators Violin, die Altersgrenze für den Anspruch auf Altersversorgung vom 65. Jahre auf Wunsch der Arbeiter beliebig hinauszuschieben, wurde trotz der entrüsteten Proteste der Rechten, des Arbeitsministers und sogar des Berichterstatters, die von dieser selbstverständlichen Konzession an die Arbeitswilligkeit der Veteranen eine „Bedrohung des Staatshaushalts“ fürchteten, mit knapper Majorität angenommen. Darauf beantragte der Reaktionsär Michel die Schaffung der obligatorischen Krankenkassen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, und sich vorherhand mit der Gründung weniger Hilfsstellen zu begnügen. Michel begründete seinen Antrag damit, daß in sämtlichen Ländern mit obligatorischen Krankenkassen Mißbräuche zu verzeichnen seien und daß ihre Schaffung in Frankreich „eine schwere Belastung für den Handel“ wäre. Man dürfe Simulanten und eingebildeten Kranken keinen Vorschub leisten, schloß diese Rede. Es gereicht dem Senat zur Ehre, daß er diesen Antrag mit der überwältigenden Mehrheit von 235 gegen 33 Stimmen ablehnte. Der Artikel über die Krankenkassen wurde sodann angenommen und die Weiterberatung vertagt.

Vor zehn Jahren.

Die Abstimmung in Schleswig.

Ministerpräsident Braun hat an den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kürbis, folgendes Telegramm gesandt:

Die Preussische Staatsregierung gedenkt mit Dankbarkeit des Tages, an dem vor zehn Jahren die Bevölkerung der zweiten Abstimmungszone ihre Treue zum deutschen Vaterlande und zur deutschen Kultur durch die Tat bekräftigt und damit auch den ausgeworbenen anderen Volksstimmungen an der deutschen Grenze ein leuchtendes Beispiel der Treue gegeben hat. Möge der Geist jener Tage fortwirken zur Festigung des deutschen Gemeinschaftsgefühls und mit Schleswig-Holstein das gesamte Vaterland auch über wirtschaftlich ernste Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, hinwegzutragen zu neuer Blüte. An der Hilfe der Preussischen Regierung dazu wird es nicht fehlen.

Selbstironie.

Was versteht die Bayerische Volkspartei unter Politik?

München, 14. März. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Schäffer, verteidigt in einem Artikel der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Haager Abkommen und erklärt das Nein der Mehrheit mit dem Hinweis, daß die Mehrheit der Fraktion zuletzt auf dem Standpunkt stand, daß es in einer so großen historischen Entscheidung nur ein Ja oder Nein geben könne, und daß man eben, wenn man nicht ja sagen könne, nein sagen muß. Eine politische Bedeutung komme diesem Verhalten nicht zu. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei werde sich deshalb im Reichstag weiterhin für eine Ueberwindung der Klassenfeindlichkeiten und für eine dauernde Sanierung der Finanzen einsetzen. Sollte sie die Erfahrung machen, daß der Reichstag sich nicht in der Lage sieht, innerhalb der notwendigen und auch durch das Wort des Reichspräsidenten umschriebenen Frist von ganz wenigen Wochen die gestellte Aufgabe zu lösen, dann werde der Zeitpunkt gekommen sein, in dem die Bayerische Volkspartei die letzte Konsequenz ziehen und sich offen von der Regierung Müller trennen müßte.

Gegen den Alkohol.

Kundgebung des deutschen Arbeiterabstinenzbundes.

Der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund veranstaltete am Freitag eine öffentliche Kundgebung. Als erster Redner wandte sich Reichsinnenminister Genosse Seenering gegen das Anwachsen des Alkoholkonsums, der in immer stärkerem Maße die deutsche Wirtschaft belastet. Kultusminister Genosse Grimme führte nach ihm aus, daß es Aufgabe eines Kultusministers sei, mit der Arbeiterabstinenzbewegung zusammenzugehen. Er habe sein Vertrauen auf die heranwachsende Arbeiterjugend gestellt. Reichstagsabgeordnete Genossin Suchacz sprach über die Stellung der Frau zum Alkoholproblem. Reichstagsabgeordneter Genosse Sellmann erklärte zum Schluß, es sei ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung, daß zum erstenmal zwei

aktive deutsche Minister in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zur Alkoholfrage nehmen. Die Arbeiterschaft könne stolz darauf sein, daß es zwei sozialistische Minister seien.

Bombenprozeß in Altona.

Landgericht I erklärt sich für unzuständig.

In der Voruntersuchung gegen die Sprengstoffattentäter hat die Strafkammer des Landgerichts I in Berlin auf Antrag der Staatsanwaltschaft sich auf Grund des Ergebnisses der Voruntersuchung für die Zuständigkeit der Sprengstoffanschläge in Wismar, Weidenfleth, Wesselburen, Igehoe, Oldenburg, Niebüll, Schleswig, sowie der drei Lüneburger Attentate für unzuständig erklärt. Die Akten werden jetzt der Staatsanwaltschaft in Altona übersandt werden. Die Voruntersuchung wegen der Reichstagsattentate wird beim Landgericht I Berlin fortgesetzt.

Gandhis Aktion.

Bildung eines Kriegsrats.

M Ahmedabad, 14. März.

Zur Organisation des passiven Widerstandes ist in Poona ein „Kriegsrat“ ins Leben gerufen worden. Bislang haben sich diesem Kriegsrat etwa 100 Freiwillige zur Verfügung gestellt, mit deren Hilfe in der Nähe von Bombay Salz aus dem Meerwasser gewonnen werden soll.

Gandhi ist heute mit seinen Gefährten in dem Dorfe Wasna eingetroffen. Auf Grund seines Appells haben Eingeborene ihre Posten als Polizeibeamte niedergelegt, und die Bewohner der Dörfer haben sich verpflichtet, solche Posten nicht anzunehmen. In einer Rede forderte Gandhi die Eingeborenen auf, nur selbstgewebte Kleider zu tragen und neue Freiwillige zu stellen. Gandhi dürfte bei Innehaltung der jetzigen Tagesetappe nicht vor dem 1. April in Dandi eintreffen, wo die ungesetzliche Salzgewinnung vor sich gehen soll.

Die Faschistenspihetelei.

Schweizer Untersuchung beendet.

Bern, 14. März. (Eigenbericht.)

Das Bundesgericht hat seine Untersuchung über die faschistische Spihetelei abgeschlossen und die Akten der Regierung überhandt.

Offiziell wird dazu mitgeteilt, daß es sehr schwierig sein würde, gesetzliche Bestimmungen zu finden, auf Grund deren man die endlosen Spiheteleien bestrafen könnte. Nach dem Schweizer Strafgesetzbuch ist nur militärische Spionage strafbar, während die entlarvten Spiheteleien über politische Persönlichkeiten nach Italien lieferten. Man wird die Spiheteleien italienischer Staatsangehöriger sicherlich ausweisen, während die Schweizer Staatsangehörigen vorläufig mit der moralischen Verachtung, die ihnen von Allen entgegengebracht wird, davonkommen dürften.

Das Reichsgericht verurteilte den Schriftleiter Richard Schulz-Berlin von der „Roten Fahne“ wegen Vorbereitung zum Hochverrat dem Antrage des Reichsanwalts entsprechend unter Zustimmung der Ueberzeugungstätererschaft zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft.

Die tatsächliche Arbeitszeit.

Eine Erhebung des ADGB.

Der ADGB hat durch seine Ortsausschüsse wieder eine Erhebung über die in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen tatsächlich geleistete Arbeitszeit durchgeführt. Ermittelt wurde der Stand der Arbeitszeit in der Woche vom 10. bis 15. Februar. Die Beteiligung der Ortsausschüsse an der Erhebung war diesmal stärker als bei früheren Erhebungen. Beteiligt haben sich 746 Ortsausschüsse, d. h. 190 mehr als bei der Erhebung im Oktober 1928. Die neue Statistik erstreckt sich auf über 63 500 Betriebe mit mehr als 2,7 Millionen Beschäftigten; sie beschränkt sich wieder auf Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, chemische Industrie, Holzindustrie, Metallindustrie, Schuh- und Textilindustrie.

In der Erhebungswoche verteilte sich die Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden wöchentlich insgesamt folgendermaßen: 5,8 Proz. arbeiteten regelmäßig über 48 bis 51 Stunden die Woche, 2,8 Proz. insofern vorübergehender Mehrarbeit. Über 51 bis 54 Stunden arbeiteten regelmäßig 5,6 Proz., während 1,5 Proz. über 51 bis 54 Stunden insofern vorübergehender Mehrarbeit arbeiteten. Eine normale Arbeitszeit von über 34 Stunden hatten 1,7 Proz. der Beschäftigten, während 0,3 Proz. insofern vorübergehender Mehrarbeit über 34 Stunden die Woche arbeiteten. Insgesamt arbeiteten also entweder regelmäßig oder insofern vorübergehender Überstunden

17,2 Proz. mehr als 48 Stunden die Woche.

Zweifelslos ist hier, auch wenn man die schlechtere Arbeitsmarktlage in Rechnung stellt, ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der letzten Erhebung vom Oktober 1928 festzustellen.

In keiner der erfassten Industrien ist, wie die Gewerkschaftszählung in einer Auswertung der Ziffern feststellt, die Arbeitszeitgestaltung einheitlich. Neben Bezirken mit ganz geringer Mehrarbeit in der betreffenden Industrie gibt es Bezirke, in denen die große Masse der Berufsangehörigen noch über 48 Stunden arbeitet. Der eigentliche Kern der Mehrarbeit ist Rheinland-Westfalen. Die Arbeitszeitregelung in der Schwerindustrie beherrscht die übliche Arbeitszeit in allen anderen Industrien. Ueber die Hälfte aller von der Erhebung in Rheinland-Westfalen erfassten Metallarbeiter arbeitete mehr als 48 Stunden. Im Baugewerbe des Rheinlands arbeiteten von 100 Arbeitern mehr als 48 Stunden 21,5, im Baugewerbe Westfalens 5,2. Für die chemische Industrie lauten die entsprechenden Ziffern 5,7 und 38,1, für die Textilindustrie 20,4 und 34,2. Gleichzeitig erreichte die Kurzarbeit im Rheinland 33,6 Proz. der Textilarbeiter, 27,4 Proz. der Schuhmacher und 19,2 Proz. der Metallarbeiter, in Westfalen 20,5 Proz. der Metallarbeiter und 13,9 der Textilarbeiter. Also

Mehrarbeit, Kurzarbeit und drückende Arbeitslosigkeit am gleichen Ort!

Zur Beseitigung dieses Chaos genügt noch nicht die Verminderung von Überstunden und die Beseitigung der über 48stündigen Arbeitszeit. Notwendig ist nach der Auffassung der freien Gewerkschaften eine vom arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte geteilte gegebenermaßen Arbeitszeitregulierung, eine Regulierung, die den Erfordernissen der rationalisierten, fortlaufend Arbeitskräfte freilebenden Wirtschaft entspricht und eine angemessene Senkung der Arbeitszeit auch unter 48 Stunden durchführt.

Gute Wahl im Dynamowerk.

Fortschritt der Amsterdamer. — Selbe gehen mit SPD.

Gestern fanden im Dynamowerk von Siemens die Betriebsratswahlen statt. Das Ergebnis ist für die freien Gewerkschaften ein sehr gutes. Besonders wenn man in Rechnung stellt, daß die SPD in diesem Jahre ihre Aktion im Siemens-Konzern auf das Dynamowerk konzentrierte, so ist der Mißerfolg der beispiellosen Agitation um so größer.

Es wurden abgegeben bei der Wahl zum Arbeiterrat für die freigewerkschaftliche Liste 1220 Stimmen. Im Vorjahr, wo die Kommunisten noch mit den freien Gewerkschaften im Dynamowerk zusammengingen, erhielt die Liste I insgesamt 1454 Stimmen. Gewählt sind freigewerkschaftler 10 zum Arbeiterrat, 7 zum Betriebsrat. Im Vorjahr waren es 11, jedoch waren davon 3 Kommunisten.

Die kommunistische Liste erhielt 487 Stimmen und wieder 3 Arbeiterratsmitglieder und 2 Betriebsratsmitglieder. Die Selben erhielten 227 Stimmen, 1 Arbeiterrat- und 1 Betriebsratsmandat. Im Vorjahr hatten die Selben 403 Stimmen, 5 Arbeiterrats- und 2 Betriebsratsmandate erhalten. Es ist also in diesem Jahr ein wesentlicher Teil der Selben zu den Kommunisten abgewandert.

Bei den Angestellten erhielt die freigewerkschaftliche Liste 539 (im Vorjahr 572) Stimmen, 5 (6) Angestellten- und 4 (4) Betriebsräte. Die Liste des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes erhielt 84 (254) Stimmen, 1 (3) Angestellten- und 0 (1) Betriebsratsmandate. Auf den G.D.N. entfielen 67 Stimmen und kein Mandat, die Stahlhelmer und Hakenkreuzler, die ebenso wie der G.D.N. erstmalig kandidierten, erhielten 156 Stimmen und je 1 Mandat im Angestellten- und im Betriebsrat. Der D.H.B. ist also durch Stahlhelm und Hakenkreuz zusammengefallen worden.

Die freien Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung sind also im Arbeiter- und Betriebsrat des Dynamowerkes stärker als bisher. Die Selben sind fast zur Hälfte zu den Kommunisten abgewandert, haben aber deren Zusammenbruch nicht aufhalten können.

Im Werk Bahnhalle von Siemens-Schuckert, in dem über 500 Mann Belegschaft beschäftigt sind, ist nur je eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt worden, die somit als gewählt gilt.

Der Schmutz am Abend.

Er rettet Freyer nicht mehr.

Die kommunistischen Drahtzieher fühlen sehr wohl, daß die Betriebsratswahlen in diesem Jahre für sie eine Entscheidungsschlacht innerhalb der Arbeiterschaft sind. Deshalb machen sie die verzweifeltsten Anstrengungen. Auch die sonst sich „überparteilich“ gern gebärdende „Welt am Abend“ macht mit vollen Schmutzläbellen mit. Und da heute die Belegschaft der Berliner Verkehrs-L.G. den kommunistischen Arbeiterräten den längst verdienten Fußtritt geben wird, glaubt man in der SPD, die sinkenden Verleumdungsmethoden, die sie bei den letzten Stadtverordnetenwahlen gegen unsere Genossen und besonders gegen unsere Genossen Brolat angewandt haben, würden auch diesmal noch verlangen. Die ältesten und gemäßigten, längst widerlegten Lügen werden wieder hervorgeholt.

Bisher haben die Verleumder des Genossen Brolat durch juristische Verschleppungsmanöver es verstanden, sich der drohenden Stimpfung zu entziehen. Die Belegschaft der BVG wird aber heute Gelegenheit haben, ihr Urteil zu fällen.

Am Schluß der sensationell aufgemachten Insamie, in der nicht ein wahres Wort ist, versucht das Münzenbergblatt folgendermaßen für Freyer und Genossen Reklame zu machen:

„Der letzte Kampf (17) des roten Arbeiterrates gegen die Entlassungen und für die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden bei vollem Lohnausgleich wird den Betriebsarbeitern deutlich gezeigt haben, wie sie sich entscheiden sollen.“

Das meinen wir auch! Denn dieser „Kampf“ des „roten“

Arbeiterrats bestand bekanntlich in der Annahme einiger Entlassungen und in der Verhinderung der Verkürzung der Arbeitszeit, wodurch hunderte von Betriebsarbeitern entlassen werden mußten.

Großes Reinemachen in der BVG.

Fort mit den Kreaturen Moskows! Für und durch die Gewerkschaften zum Sieg der freigewerkschaftlichen Liste I zum Arbeiterrat, der freigewerkschaftlich in Liste II (Steier) zum Angestelltenrat. Alles wählt freigewerkschaftlich!

„Revolutionäre“ Betriebsratskandidaten. Im Emailierwerk Ditzsch verhindert.

Am 1. März lag die „Rote Fahne“, der Sozialdemokrat August Müller habe bei der Rahregulierung des oppositionellen Betriebsrats Vorrath eine hervorragende Rolle gespielt. Einmal hat Müller noch nie der Sozialdemokratischen Partei angehört, zweitens war er zur Zeit der Entlassung von Vorrath nicht im Betrieb. Vorrath, der sich überdies als Betriebsrat mehr mit den Parolen eines Werker als mit dem Betriebsrätegelehr verhalten machte, muß sich schon bei seinen „oppositionellen“ unorganisierten Betriebsräten beschweren, die einer Betriebsratsitzung wegen seines Falles einfach fernblieben. Trotzdem will er die „Sozialisten“ für seine Dummheiten verantwortlich machen.

Die Arbeiterschaft des Emailierwerkes Ditzsch hat eingesehen, daß mit den „oppositionellen“ Betriebsräten, die sich lediglich die Spaltung der Gewerkschaft und der Belegschaft angelegen sein lassen, keine Selbe zu spinnen ist. Bei der Betriebsratswahl brachte es die revolutionäre Opposition nicht einmal mehr zu einer Liste. Die Belegschaft hat sich einmütig für die Liste der freigewerkschaftlichen Betriebsräte entschieden.

Vorrath war überdies beim vorletzten Streik der Emailier seinen Kollegen in den Rücken gefallen und hat bei Alle u. Sohn als Streikbrecher gearbeitet. Wenn er damals unter dem Schutz der Polizei in diesen Betrieb hineinging, dann mag er es als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit betrachten, wenn er jetzt unter dem Schutze der Polizei aus dem Betrieb hinausam. Aus dem Metallarbeiter-Verband ist Vorrath ausgeschlossen.

Die Arbeiter müssen sich die Betriebsratskandidaten genau ansehen. Nur die freigewerkschaftlichen Listen sind zuverlässig!

Nach der Spaltung bei den Schuhmachern.

Gute Fortschritte der Amsterdamer.

Mittwoch tagte die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher. Die Versammlung verlief ohne Störung. Offenbar war es der Leitung der Spalter nicht gelungen, ihre Waffen zu „mobilisieren“.

Hörh gab den Geschäftsbericht. Er rief zur Einheit und zur Sammlung. Schuld an den heutigen Verhältnissen in Berlin habe nicht die Ortsverwaltung, sondern die — sozialdemokratischen Mitglieder, die sich nicht gerührt hätten! Er verschweigt allerdings, daß die Ortsverwaltung bisher jedes nichtkommunistische Mitglied von der Mitarbeit ausgeschaltet hat.

Er und die Diskussionsredner seiner Richtung fanden recht scharfe Worte gegen den Zentralvorstand. Für die Spalter aber suchte man Entschuldigungen und bezeichnete sie allenfalls als Dummköpfe, die die Einheitsfronttaktik falsch verstehen!

Hörh beschränkte sich dann aber über die Gummitruppeltaktik des Spalters Peterson, der ihm Prügel angedroht habe. Er vergaß, daß er Peterson bisher zu allen Verbandveranstaltungen zugezogen hatte. Die „Rote Fahne“ bringe nicht einmal Streikberichte der Organisation und schädige damit die Gewerkschaftsarbeit, wie Hörh feststellte.

Vor Beginn der Debatte zeigte sich die ganze Furcht der Ortsverwaltung vor der Verantwortung, als Joller, der bisher stundenlang in allen Versammlungen gegen die SPD. hegen konnte, Beschränkung der Redezeit durchsetzte. Mehrere Redner

stellten aber die Ortsverwaltung und zeigten, daß die Einheitsfronttakte im Geschäftsbericht nicht ernst zu nehmen sind. Eindeutig wurde von unseren Kollegen die Verantwortung von Hörh, Joller und der Ortsverwaltung festgestellt.

Vor der Neuwahl der Ortsverwaltung unterhandelt der Verfassungsausschuss eine Aussprache über die von der alten Ortsverwaltung aufgestellten Kandidaten. So konnte es passieren, daß eine Mehrheit von sechs Stimmen einen zweiten Vorsitzenden wählte, der heute noch in der SPD. Mitglied ist. Offenbar war das eine Vereinbarung mit den linientreuen Kommunisten, die dafür in der Debatte Hörh nicht angriffen und auch bei der Wahl die alte Ortsverwaltung unterstützten. Der dritte Bevollmächtigte wurde mit 145 gegen 144 bei 17 ungültigen Stimmen ebenfalls aus dem Lager von Hörh gewählt. Wäre es möglich gewesen, diese Kandidaten vor der Wahl den Mitgliedern ins rechte Licht zu stellen, dann würde das Ergebnis zweifellos anders gewesen sein. Auch die Redatoren wurden mit wenigen Stimmen aus den Kreisen der alten Ortsverwaltung, die sich verschämt SPD. nannte, gewählt. Darunter befinden sich Hiller und Joller, die besonders Wert darauf legten, eine Aussprache über die Kandidaten zu verhindern.

Im ganzen gesehen, bedeutet die gestrige Versammlung keine Klärung. An Stelle von pflichtbewusster Verantwortung und offener Meinungsäußerung trat Beschränkung der Redezeit und Herabsetzung der nichtkommunistischen Mitglieder. Das hat freilich den Rückgang der kommunistischen und den Fortschritt der Amsterdamer Stimmen nicht hindern können.

Der Gefundungsprozeß.

Einheitsfront der Transportarbeiter der Chemieindustrie.

Die Versammlungen der Handels- und Transportarbeiter der Chemieindustrie im Gesamtverband konnten seit längerer Zeit schon nicht mehr störungsfrei durchgeführt werden, weil die sogenannte „Opposition“ jeden reibungslosen Verlauf der Versammlungen unmöglich machte. Jetzt endlich scheinen auch die „revolutionären“ Mitglieder dieser Branche eingesehen zu haben, daß sich mit den Parolen der SPD. keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten läßt. Die gutbesuchte Jahresbranchenversammlung am Donnerstag im Gewerkschaftshaus war von gewerkschaftlicher Kollegialität besetzt.

Der Branchenleiter Genosse Polmeier gab in seinem Geschäftsbericht einen umfassenden Überblick über die wichtigsten Vorgänge in der Branche im vorigen Jahre und unterzog dabei besonders die Lohnbewegung in der Chemie einer Kritik. Bei dem Abschluß des Lohnvertrages in der chemischen Industrie ist für die Arbeiter und Chausseure ein Lohn vereinbart worden, der weit unter den Tariflöhnen liegt, die an die Arbeiter und Chausseure in den übrigen Gewerben und Industrien gezahlt werden. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Sollte es nicht gelingen, bei dem Neuaufschluß des Lohns in diesem Jahre eine grundlegende Änderung herbeizuführen, so wird die Organisation versuchen, diese Gruppe aus dem Tarifvertrag herauszunehmen und für sie eine Sonderregelung zu treffen. Für die Verbandstiftungsbranche ist es jetzt zu einem neuen Tarifabschluß gekommen. Durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses sind die Löhne der Männer um 3 M. pro Woche und die der Frauen um 1 M. angehoben worden. Beide Parteien haben dem Schiedsspruch zugestimmt. Bei der Firma Kahnmann L.G. mit der ein Haustarif abgeschlossen ist, ist auf Grund des Tarifabschlusses für die gesamte Verbandstiftungsbranche ein neuer Haustarif zustande gekommen, wonach sich die Löhne der Männer um 4 M. und die der Frauen um 1,50 M. pro Woche erhöhen.

Im Gegensatz zu den früheren Versammlungen wurde an der Tätigkeit der Branchenleitung sowie an der Gesamthaltung der Organisation gar keine Kritik geübt. Die Versammlung stimmte einmütig den Vorschlägen der Funktionäre zur Neuwahl der Branchenleitung, der Generalversammlungsdelegierten und der Delegierten zur Sektionsversammlung zu. Sämtliche Gewählten sind Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung.

Betriebsratswahlen bei preussischen Behörden.

Hierzu teilt uns die Reichsstadtgruppe Reichs- und Staatsarbeiter des Gesamtverbandes mit:

Bei der Neuwahl des Hauptbetriebsrats im preussischen Justizministerium liegen getrennte Listen der Arbeiter und Angestellten vor. Die Vorschlagsliste für die Arbeiter trägt die Nummer 4. Während die Angestellten die Vorschlagsliste wählen, müssen alle in der preussischen Justizverwaltung beschäftigten freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Liste des Gesamtverbandes Nr. 4 wählen!

266. Zustimmungsakt! Montag, 13 Uhr, bei Döllschütz, Preussischer Reichsminister, 6. Berlin, alle SPD-Genossen, Anwesenheit: Eintragung in die Betriebsratswahl. Es darf kein Parteimitglied sein. Ohne Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt. Der Kreisvorsitzende.

2726. Interessengruppen. 266. freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter treffen sich am Sonntag um 9 Uhr auf dem Reichhof bei den Gärten bei Rapp-Ofen. Der Führer.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beute, am 15. Uhr, Sitzung der Kommissionen im Zimmer 26 der Jugendzentrale, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Um 18 Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 19. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 20. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 21. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 22. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 23. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 24. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 25. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 26. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 27. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 28. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 29. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz. Am 30. Uhr, Vortrag über die Gewerkschaften im Zimmer 26, Gewerkschaftshaus, Anhalter 24-25, 2. Etz.

2726. Interessengruppen. 266. freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter treffen sich am Sonntag um 9 Uhr auf dem Reichhof bei den Gärten bei Rapp-Ofen. Der Führer.

Verantwortlich: Dr. Carl Geyer; Wirtschaft: G. Hingorst; Gewerkschaftsbewegung: J. Geyer; Redaktion: Dr. John Schlotmann; Editorial: Friedrich Reich; Anzeigen: Th. Glöck; Druck: Hermann-Schubert-Druckerei; Vertrieb: Hermann-Schubert-Druckerei; Berlin 20/21, Lindenstraße 2, Stern 1, Wilmersdorf und Unterhaltungs- und Wissen.

Stoffe

für Herren Anzüge-Ulster-Paletots Damen Kostüme-Mäntel-Kleider

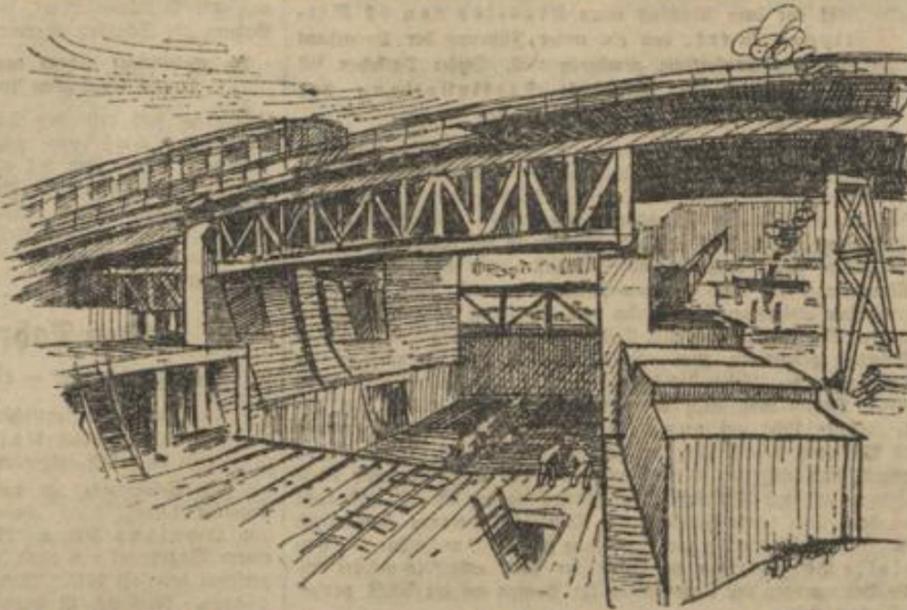
Koch & Seeland

Gertraudenstr. 20/21

Größtes Spezial-Haus moderner Richtung

Unter der Jannowitzbrücke

Die Strecke Gesundbrunnen-Reufölln der Untergrundbahn soll in Kürze eröffnet werden. Damit sind die am schwersten zu bewältigenden Bauabschnitte des gegenwärtigen Bahnhofs fertiggestellt. Gleichzeitig mit dem Tunnel unter der Spree am Bahnhof Jannowitzbrücke sind die neuen Fundamente der Brücke hergestellt worden. Auf unserem Bild ist ein Teil der riesigen Betonblöcke, die die neue Brücke tragen sollen, zu sehen. Darüber hinweg führen in lühnem Bogen die Gleise der Stadtbahn und Fernbahn Ost-West, auf mannigfache Weise durch Hilfssträger gestützt. Ein lühnter Ingenieurarbeit, das immer noch die Vorübergehenden anzieht, zu verweilen, um das schäuderwürde durcheinander jagende Treiben der Arbeit auf sich wirken zu lassen. Noch kann man durch den in verschiedenen Stockwerken angeordneten Bohlenbelag einen Blick in den Tunnel werfen. In jeder Etage Gleise für Loren, Treppen, die in die Tiefe führen, Bänder, die Leitern in die Tiefe führen oder hinaufziehen, durch ein Gemirr von Eisenträgern wird der Wasserpiegel der Spree sichtbar, Schlupfdämpfer, Lastzüge ziehen ihres Weges. Nur eine verhältnismäßig schmale Betonmauer trennt die Wasserläufe von der Baugrube



und dem Tunnel. Im April bereits soll die neue Strecke dem Verkehr übergeben werden. Wenn dann die Züge durch den Tunnel donnern, wird darüber erst die Straßendecke fertiggestellt werden und damit auch der Bau der neuen Brücke. Einer der wichtigsten Verkehrswege Berlins kann dann endlich beseitigt werden.

Raffierer für seine eigene Tasche.

Steuerunterschlagungen beim Finanzamt Wilmersdorf-Nord

Wie jetzt erst bekannt wird, sind beim Finanzamt Wilmersdorf-Nord in der Liebenburger Straße 18 durch einen ungetreuen Beamten umfangreiche Beträge zurückgehalten worden, durch die allerdings nicht der Fiskus, sondern eine Reihe von Steuerpflichtigen geschädigt worden ist.

Eine große Anzahl von Steuerzahlern, Geschäftsleute und Privatpersonen, die Rechnungen wegen noch nicht gezahlter Steuerbeiträge erhalten hatten, wandten sich beschwerdeführend an das Finanzamt unter Vorzeigung einer mit dem Amtsiegel versehenen Quittung, die von dem Obersteuersekretär Heinrich unterschrieben worden war. Es stellte sich nunmehr heraus, daß der Obersekretär Heinrich, der mit der Abschätzung der Steuern beschäftigt war, die betreffenden Steuerzahler, mit denen er persönlich bekannt geworden war, in ihren Wohnungen aufgesucht und bei dieser Gelegenheit die fällige Steuer einlieferte hatte, allerdings für die eigene Tasche, ohne sie an die Steuerbehörde abzuführen. Auf diese Weise ist es Heinrich, der sofort nach Entdeckung der Veruntreuungen vom Dienst suspendiert wurde und gegen den jetzt ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft II wegen Betruges und Amtsunterschlagung schwebt, gelungen, beträchtliche Beträge von Steuerzahlern zu ergattern. Es soll sich um etwa 20 000 Mark handeln, während jedoch von anderer Seite ein weit höherer Betrag genannt wird.

Die einzig Geschädigten sind die betreffenden Steuerzahler, die ihre Beträge Heinrich anvertraut haben und die sie noch einmal an die Steuerkasse abführen müssen. In den Kassenräumen sämtlicher Finanzämter sind nämlich schon seit längerer Zeit, um derzeitige Einkassierungen durch unbefugte Personen zu ver-

meiden, gedruckte Warnungen angebracht, die fälligen Steuerbeiträge lediglich an den Kassenschaltern und nicht außerhalb der Büroräume zu zahlen. Da aber bekanntlich die Einschreibungsbeamten, die zwar besondere Zusätze mit sich führen, rüchständige Steuern auch des öfteren in den Wohnungen sämmliger Steuerzahler einlieferten, so konnten die Geschädigten im Zweifel sein, ob die Gelder nicht doch etwa dem ungetreuen Obersteuersekretär auszuwändigen waren, um so mehr, als er ja auch Quittungen mit dem Dienststempel ausstellte. Um derartige Vorgänge zu vermeiden, wäre es ratsam, wenn auch in den Steuerämtern dafür gesorgt wird, daß mit dem Dienststempel kein Mißbrauch getrieben werden kann. Wie es Heinrich gelungen ist, den amtlichen Quittungsstempel zu erlangen, muß ebenfalls aufgeklärt werden.

Wieder ein Rassenbote ermordet!

Raub von Erwerbslosengeldern.

Steigau, 14. März.
Heute mittag wurde der Bote Bernert auf der Landstraße zwischen Gubensdorf und Tausnig mit einer tödlichen Wunde aufgefunden. Bernert hatte vom Arbeitsamt Steigau 7000 Mark Erwerbslosengelder abgeholt, die bei seiner Auffindung fehlten. Die verlaufene, kommen als Täter drei Landstreicher in Betracht. Der Ermordete hinterläßt eine Witwe mit zwei unversorgten Kindern.

Zu dem Raubmord teilt die Pressestelle des Polizeipräsidiums noch folgendes mit: Der Arbeiter Gustav Bernert aus Domsdorf wurde heute vormittag in einem kleinen Waldstück an der Chaussee Steigau-Tausnig von drei unbekannten Männern überfallen und durch Brustschuß getötet; der Raub mit 7000 Mark Erwerbslosengeldern, die Bernert kurz vorher von der Arbeitsamt in Steigau abgehoben hatte, wurde geraubt. In

Begleitung des Bernert befand sich sein Schwager, der Arbeiter Paul Langner. Nach dessen Angaben waren die Täter maskiert. Auf das Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Schmiednitz ist eine Nordkommission vom Polizeipräsidium Breslau an den Tatort entsandt worden.

Was ging in Scheuen vor?

Genauere Untersuchung erscheint dringend notwendig.

Zu den Vorfällen im städtischen Erziehungsheim Scheuen teilt das Städtische Nachrichtenamt jetzt noch folgendes mit: „Das Landesjugendamt hat festgestellt, daß sich im Erziehungsheim Scheuen selber ein weiterer Fall der Mißhandlung eines Jugendlichen vor einiger Zeit ereignet hat. Dieser Jugendliche, der sich an der Revolte, die am 18. Februar in Scheuen ausgebrochen war, beteiligt hatte, ist in Abwesenheit des Leiters des Erziehungsheims von seinen Kameraden schwer mißhandelt worden. Zur gründlichen und restlosen Klärung des Tatbestandes hat das Landesjugendamt ihn jetzt aus Scheuen nach Berlin kommen lassen, um ihn hier, unter Einfluß von seiner bisherigen Umgebung, über die Vorgänge, die sich in Scheuen abgespielt haben, vernahmen zu können. — Der Leiter des Erziehungsheims, Straube, ist von Sonnabend ab beurlaubt.“

Die bisher über die Vorfälle in dem städtischen Erziehungsheim Scheuen bekanntgemachten Tatsachen fordern eine durchgreifende und rücksichtslose Untersuchung. Sollte sich herausstellen, daß der Leiter des Heimes es gebildet hat, daß zwei sich feindselig gegenüberstehende und von Zeit zu Zeit prügelnde Gruppen unter den ihm anvertrauten Häftlingen bestanden, so dürfte der Erwerb nicht sein, daß er seiner schweren, verantwortungsvollen Arbeit nach nicht gewachsen war. Darüber könnten dann auch seine großen Verdienste um die organisatorische Wüsterhaftigkeit der Anstalt nicht hinwegtäuschen. Es darf nicht vergessen werden, daß die nächste Prügelei am 18. Februar einem jungen Menschen das Leben gekostet hat!

In Trier erschloß sich ein 24jähriger Zimmergeselle im Haus des Bekleidungsheimes, einem Fürsorgeheim für gefährdete Mädchen, weil ihm nicht gestattet wurde, mit seiner Braut, die in dem Haus als Fürsorgezögling lebt, zu sprechen.

Dachstuhlbrand in Schöneberg.

In den gestrigen frühen Nachmittagsstunden wurde die Feuerwehr nach der Hauptstraße 30 in Schöneberg alarmiert, wo im Dachstuhl des Seitenflügels Feuer ausgebrochen war. Die Flammen fanden an Gerümpel und den Bodenbeschlägen reiche Nahrung. Obgleich die Wehr sofort fünf Schlauchleitungen in Tätigkeit setzte, konnte ein Ubergreifen des Feuers auf den Vorderhausdachstuhl nicht mehr verhindert werden. Erst nach zweifelhafte angestrengter Arbeit wurde der Brand niedergelämpft. Die Entstehung Ursache ist noch ungeklärt. Der Fuhrwerksverkehr in Richtung Friedenau mußte längere Zeit umgeleitet werden.

Leipart vor seiner völligen Genesung.

Theodor Leipart, der Führer der deutschen Gewerkschaften und Vorsitzende des ADGB, der am 14. Oktober vorigen Jahres bei einem Autounfall auf der Aue schwer verunglückte, befindet sich nach immer im Hiltberg-Krankenhaus. Sein Zustand ist, wie uns der Leiter der chirurgischen Abteilung, Professor Friedmann, mitteilt, recht zufriedenstellend. Immerhin werden bis zu seiner völligen Genesung noch etwa 4 bis 6 Wochen vergehen. Die Arbeiterschaft wird die völlige Genesung ihres berühmten Führers freudig begrüßen.

Der zweite Sexualwissenschaftliche Frageabend des Instituts für Sexualwissenschaft in diesem Monat findet unter Leitung von Sanitätsrat Dr. August Hirschfeld und Dr. Felix Abraham am Montag, 17. März, ebenfalls 8 Uhr, im Vestibül-Hotel-Casó (in den Seiten des) statt. Inhalt: Beitrag: W. Hennig; Arbeitslose erhalten kostenlosen Zutritt.

Alcixio Azevedo Ein brasilianisches Mietshaus

Als die Portugiesen und die Bahiana einander gegenüberstanden, spielte sich eine Szene gemachter Höflichkeit ab. „Das, las, umarmt euch und seid Schwestern!“ kommandierte Jeronymo, legte beiden die Hand auf den Rücken und stieß sie gegeneinander. „Saure Gesichter werden hier nicht geduldet.“

Die Rivalinnen drückten sich frostig die Hände, sahen einander aber nicht in die Augen. Biedade war dunkelrot vor Scham.

„Gut, schön“, verkündete der Steinbrecher herzlich. „Um jetzt unsere Bereinigung zu krönen, mußt du und das Kind bei uns zu Tisch bleiben.“

Die Frau begann sich zu entschuldigen, stammelte allerhand Gründe, weshalb es unmöglich sei, aber ihr Gatte weigerte sich, die Gründe anzuerkennen.

„Aber ich laß dich nicht gehen. Ich muß meine Tochter noch ein bißchen genießen, ich hab immer solche Sehnsucht nach ihr.“

Biedade setzte sich in einen Winkel und wartete nur auf die Gelegenheit, mit ihrem Mann über die Schulrechnung zu sprechen. Rita, die wie die meisten Mißlinge flatterhaft war, hegte keinen Groll und tat ihr möglichstes, die Familie ihres Mannes zu unterhalten. Die anderen Gäste gingen vor Tisch. Wegen der Entfernung von Sao Romao wurde schon um vier Uhr gegessen, und die Mahlzeit begann recht munter. Senhorina, die nur an ihren kleinen Schulkreis gewöhnt war, schien furchtbar befangen zu sein, und ihr Vater gab sich alle Mühe, ihre Schüchternheit zu überwinden. Er überschüttete sie mit Fragen, was sie denn läte und was sie lernte. Gleich nach der Suppe war Wein eingekostet worden, und vor Ende der Mahlzeit waren die Erwachsenen alle recht angefaßelt, denn Jeronymo trank viel und zwang die recht angefaßelt, denn Jeronymo trank viel und zwang die beiden Frauen, ihm Beifall zu tun. So geschah es, daß Biedade wieder in Jammereinnung kam und sich bitter über ihr Schicksal beklagte, was natürlich unvermeidlich zu der unbezahlten Pensionsrechnung führte.

„Hör mal zu, mein Kind“, bemerkte der Steinbrecher, „Tränen darfst du nie mit Wein mischen. Die Sorgen müssen wir uns für ein anderes Mal aufheben. Verdirt uns nicht das Essen.“

„Aber wie soll ich denn an etwas anderes denken und non anderem sprechen, wenn es mir doch so schlecht geht?“ erwiderte die arme Frau.

„Und wenn du nur herkommst, um zu jammern, wärest du besser zu Hause geblieben“, murmelte Jeronymo ärgerlich. „Mit Heulen kann man nichts ändern. Ich seh nicht ein, warum du mir Vorwürfe machst, weil du unglücklich bist. Ich bin's notabene auch, aber ich laß doch nicht herum und geb anderen Leuten die Schuld.“

Worauf Biedade anfing zu schluchzen.

„Na, natürlich, da haben wir's ja!“ schrie ihr Mann, lange über den Tisch und schüttelte sie heftig. „Halt jetzt den Mund; je mehr man versucht, vernünftig und geduldig zu sein, um so mehr versucht du, einem die Laune zu verderben.“

Senhorina war zum Vater gelaufen und hatte ihn am Arm gepackt, aber er stieß sie ärgerlich beiseite. „Du schiffst mir auch noch, es ist immer dasselbe, und ich denke nicht daran, es noch länger zu dulden.“

„Ich bin ja nicht zum Vergnügen hergekommen“, meinte Biedade, „ich bin hergekommen, um zu hören, was du mit der Schulrechnung machen willst.“

„Zahl sie selber mit dem Geld, daß ich dir dagelassen habe. Ich habe kein eigenes.“

„Rein, niemals! Tausendmal nein.“

„Aha, das willst du wohl für dich selber aufheben?“

„Du bist viel schlimmer, als ich dachte“, schluchzte sie.

„So, bin ich das?“ brüllte er, „mach“, daß du rauskommst, aber schnell, bevor ich dir gebe, was du verdienst.“

Aber sie machte keine Anstalten zu gehen, sondern ließ Kopf und Arme auf den Tisch fallen. „Ah, mein armes Mädelchen Gott im Himmel, wer wird für sie sorgen?“

„Das Mädel braucht nicht mehr zur Schule zu gehen. Laß sie hier bei mir, ich werd' schon dafür sorgen, daß man sie gut pflegt. Ihres Vaters Schatz braucht sie jedenfalls.“

„Was, mich non meiner Tochter trennen? Von dem einzigen, was mir geblieben ist?“

Die Woche über hier bei mir bleiben, und Sonntags kann sie zu dir zu Besuch kommen wie bisher.“

„Aber ich möchte lieber bei Mutter bleiben“, jagte das Kind und klammerte sich an Biedade.

„Du bist also auch undankbar?“ brüllte Jeronymo.

„Führt Krieg gegen mich genau wie sie? Ach was, fährt alle beide zur Hölle und kommt nicht hierher und regt mich auf. Sonst behandle ich euch beide, wie es euch zutut.“

„Komm, wir wollen gehen“, schrie Biedade und packte das Kind am Arm. „Versucht sei die Stunde, da ich diese Schwelle betret. Ich hätte wissen sollen, daß ein Mann, der Weib und Kind im Stich läßt, von ihren Leiden und Tränen nicht gerührt werden kann!“

Also verschwanden die zwei, und Jeronymo ließ in seinem betrunkenen Zorn hin und her und murmelte vor sich hin.

Rita hatte sich nicht in den Streit eingemischt und hatte auch nicht verraten, mit wem sie es hielt. Aber jetzt erklärte sie, wenn Jeronymo zu seiner Frau zurückkehren wolle, dürfe und solle er es tun, denn von Mann und Frau nur durch Liebe aneinander gebunden seien, bestände kein anderer Zwang, als der gegenseitige Wunsch.

Jeronymo ließ sich auf einen Stuhl fallen, goß sich ein Glas Orangensaft ein und trank es in einem Zuge.

„Rein, wir trennen uns nicht“, bemerkte er mit aller Entschiedenheit.

Die Mulattin trat hinter seinen Stuhl, zog seinen Kopf an ihre Brust, preßte ihre Lippen auf seinen Mund und küßte ihm die Schnapsstropfen fort, die noch in seinem Schnurrbart hingen. Jeronymo zog sie auf seinen Schoß und hielt sie fest umschlungen.

„Mach' dir keine Sorgen um diese Dinge, we'n Schach“, flüsterte sie und strich ihm mit den Fingern durchs Haar.

„Sehr ist alles vorüber, und wir werden glücklich sein.“

„Ja, du hast recht“, stammelte er, „es war dumm von mir, sie ins Haus kommen zu lassen.“

Und sie gingen in einem Taumel von Umarmungen und Küßen aneinander, als müßten sie die Zeit nachholen, die sie durch die höchst unliebste Unterbrechung verläumt hatten.

Draußen im Schatten des Lores blieb Biedade noch ein paar Minuten stehen, stützte sich auf die Schulter ihres Kindes und bemühte sich, ihre Fassung zurückzugewinnen und ihren Tränenstrom einzudämmen, ehe sie sich auf die Straße hinauswagte, um zu den neugierigen Blicken von Sao Romao zurückzukehren.

(Fortsetzung folgt.)

Der UMSATZ steigt Die PREISE fallen

*Diesen Erfolg verdanken wir
der zunehmenden Sachkenntnis
des deutschen Käufers
der hohen Leistungsfähigkeit
unserer Einrichtungen
der unerreichten QUALITÄT
unseres Fabrikats •*

DIE NEUEN ADLER-PREISE

Adler Favorit viertürige Limousine	RM 4995.-
Adler Expres-Lieferwagen	" 5995.-
Adler Favorit Droschke (Limousine)	" 6550.-
Adler Favorit Droschke (Landaulet)	" 6750.-
Adler Standard 6 Limousine	" 6495.-
Adler Standard 6 S Sechssitzer Pullman	" 8700.-
Adler Standard 8 Pullman-Luxus-Limousine „Typ Wiesbaden“	" 13300.-

Die Attribute der Luxuswagen gehören bei Adler zur Normalausrüstung
Alle Modelle besitzen hydraulische Vierradbremzen, Eindruck-Zentral-Chassis-Schmierung,
sowie Stoßdämpfer an allen vier Rädern, Stoßstangen vorn und hinten, elektrischen Scheiben-
wischer, bereiftes Reserverad und beiderseitigen elektrischen Fahrtrichtungsanzeiger



ADLER

FILIALE BERLIN, BELLE-ALLIANCE-STRASSE 6, UNTER DEN LINDEN 12-13
UND ADLER-SALON AM ZOO, HARDENBERGSTRASSE 29a-c

Weitere eigene Werksfilialen: BRESLAU / HAMBURG / HANNOVER / KARLSRUHE i. B. / KONIGSBERG i. Pr. / LEIPZIG
MÜNCHEN / NURNBERG / STUTTGART

Alexander v. Sacher-Masoch: Peter, der Starke

(Schluß)

Selbstverständlich liebten wir Peter abgöttisch. Er war der Stolz unserer Klasse. Auch Kurgus veräumelte nie eine Gelegenheit, Peter zu schmeicheln und angenehme Dinge zu sagen, dennoch hatte ich irgendwie das Empfinden, als sei seine übertriebene Verehrung nicht ganz echt. Nie äußerte er sich abfällig über Peter, nie, soweit ich mich erinnern kann, aber man hat so seine Ahnungen. Ueberhaupt war Kurgus ein Einzelgänger und hielt mit wenigen von uns Freundschaft. Bieleicht war die Nachbarschaft unserer Elternhäuser davon schuld, daß er sich mir enger angeschlossen als den übrigen Kameraden.

Wir lagen nebeneinander im Sande und pafften, was das Zeug hielt. Dann sagte Kurgus:

„Peter und Ignaz. Es wird eine Sensation werden.“

Ich nickte gedankenvoll: Ignaz und Peter. Das könnte wirklich ein großes Theater abgeben. Und geheime Erregung ergriff mich. Witten in das träge Schweigen kam ein Ruf vom Ufer herüber. Kurgus sprang auf wie elektrifiziert:

„Wohi, Peter“, rief er, und zu mir gewandt, „da ist er endlich.“

Peter erschauerte sich blitzschnell und sprang von einer schwindelnd hohen Kante der Specksteinwand in elegantem Kopfsprung in das Wasser. Nach wenigen Sekunden landete er auf unserem Ansehen. Er begrüßte uns lächelnd, wie gewöhnlich, dennoch schien er mir irgendwie bestümmert. Eine Weile sahen wir schweigend da, dann sagte Kurgus:

„Du erinnerst dich doch, was du uns einmal erzählt hast? Vor einem Monat etwa, als wir uns die schönen Reislöcher aus Perloffers Feld verschafften. Es handelte sich um Ignaz.“

Peter sah auf und lächelte zerstreut.

„Ich weiß nicht mehr genau, was du meinst.“

Dennoch wußte er es. Ich hatte das starke Empfinden, daß er es wußte. Ich erinnerte mich ganz genau an jenen denkwürdigen Nachmittag. Peter, der sonst nie mit seinen Laten sprach, hatte uns damals gefunden, daß Ignaz, der Zirkusringer, auf seinen Fall der stärkste Mann der Welt sei. Denn er, Peter, habe Ignaz in der Dunkelheit hinter der Jettwand herausgefordert und innerhalb weniger Minuten geschmissen. Die ganze Schule wußte von dieser Heldentat Peters.

Kurgus, der auf dem Rücken lag und den Tabakstamm in weitem Bogen ins Wasser spie, sagte plötzlich:

„Du hast doch Ignaz damals so leicht erledigt.“

„Wie? Ignaz? Selbstverständlich.“

„Das ist kein. Da wirst du es ja auch diesmal fertigbringen.“

Bernhardt ist wieder da und hat an Sonnabend Eröffnungsvorstellung. Ignaz ist auch dabei, der freche Brabban. Die ganze Klasse brennt darauf, euch beide ringen zu sehen. Du machst uns doch die Freude?“

Peter sah auf. Kurgus lächelte ganz unbefangenen.

„Wenn es euch Freude macht, mit Vergnügen“, sagte Peter ruhig.

Freitag, am Vortage der denkwürdigen Eröffnungsvorstellung, erreichte die allgemeine Spannung ihren Höhepunkt. Von zwölf bis eins hatte unser Professor Jonathan Pfeffer (der sich im geheimen für einen goldbegnadeten Sänger hielt) Geschichtsstunde. Wenn wir aber seine Beherzigung auch sonst nicht sehr ernst nahmen, so gleich die heutige Stunde über einer erregten Unterbauchdebatte, als der Vorlesung eines Bildungsinstituts. Jonathan Pfeffer hing melancholisch über dem Pult, summierte eine Operarie vor sich hin und trommelte mit den Fingern den Takt dazu. Er hatte es aufgegeben, sich Gehör zu verschaffen. Für uns war er an diesem Tage einfach nicht vorhanden, wir nahmen keine Notiz von ihm. Unsere Herzen und alle unsere Gedanken waren mit Peter und Ignaz beschäftigt. Peter sah schweigend wie gewöhnlich auf seinem Plage und las (ebenfalls wie gewöhnlich) unter dem Pult in Steinensons „Schatzgräbern“. Aber als ich genauer hinsah, schlen es mir, als blickten seine Augen über den Buchrand hinweg in die Ferne. In der großen Pause hatte man ihn gefeiert wie einen König. Die ganze Schule umringte ihn, Klaffenkolonnen, kleinere Jungen, ja sogar die hochnackigen Prümler fehlten nicht in der Schar seiner Bewunderer. Peter leinerte sich ab, aber um so gewichtiger seine Erklärungen ab: „Ich werde ihn sehr schnell erledigen“, bemerkte er, von allen Seiten besetzt, mit lässiger Handbewegung.

Ungeheure Spannung herrschte.

An diesem Abend geleiteten wir Peter früh nach Hause. Er mußte ja schlafen, um seine Kräfte zu schonen. Wir aber schlenerten noch auf den großen Platz hinaus, wo das Gerüst von Bernhardt's Zirkus moßig in der Dämmerung stand. Das ganze Personal arbeitete noch. Von der Höhe betrachtet, schienen diese großartigen, abenteuerlichen Gestalten der Kunststreiter, Clowns und der fliegenden Cowboys Menschen wie wir zu sein. Ihre Gesichter waren von

der Sonne gebräunt, zerfurcht und eingefallen von Sorge und Entbehrung. Sie schleiften schwere Pfähle herbei, räumten Pfähle in die Erde, knüpften Laxe, spannten große, graue, vielgestaltige Plachen aus, und während der schweren Arbeit sprangen an ihren Armen und Knien die Adern hervor. Sie riefen einander in einer fremden Sprache eintönige Worte zu, und tiefe Traurigkeit besah mich bei ihrem Anblick. Ignaz, der Starke, schwankte soeben um die Ecke, den breiten Rücken gebeugt unter einem ungeheuren Mastbaum. Sein breites, gummiertes Vollmondgesicht war dunkelrot vor Anstrengung, er stampfte ganz nah an uns vorbei, und als ich seinen breiten Rücken und die braunen, behaarten Lagen erblickte, die den mächtigen Pfahl umkammerten, dachte ich an Peter und empfand zum ersten Male Zweifel.

Die Manege donnerte unter den Füssen der vier bestrierten Pferdchen. Riß Arabella stand auf der Fußspitze auf dem Sattelknopf eines Schönmotors in äußerst großzügiger Haltung und warf ihre Hände in das Publikum. Der Herr Direktor stand mit einer langschäftigen Peitsche in der Mitte des Kreises im Grad, den Zylinder und die weißen Handschuhe in der Linken und schaltete mitunter zwischen die Säule. Luftakrobaten führten verwegene Sprünge von schwindelnd hohen Trapezen aus, Max und Moriz, die beiden Clowns, vollführten überwältigende Späße. Das alles zog an uns vorbei wie ein Traum, wir sahen und hörten nichts davon. Wir sahen gespannt und erwartungsvoll gebudd auf unseren Plätzen, die ganze Schule war versammelt, und Peter saß in unserer Mitte.

Der gewaltige Augenblick nahte heran. Ignaz trat auf den Plan. Die Zirkusdiener schlepten unwirschlich große, eiserne Gewicht herbei, mächtige Ketten, Eisenstangen, und Ignaz machte sich an die Arbeit. Er hatte ein dünnes, weißes Tricot an, und das Spiel seiner Muskeln war deutlich sichtbar. Dann kam der große Moment. Denn Ignaz sagte leise:

„Und jetzt, meine Damen und Herren, fordere ich jeden der Anwesenden zum Ringkampf, jeden, der dazu Lust hat. Wenn es gelingt, mich zu werfen, der erhält zehn Kronen bei der Kasse ausgezahlt.“

Und Ignaz sah erwartungsvoll im Kreise herum. Atemlos, bedrückendes Schweigen entstand. Hundert Anbengungen hingen an Peter. Peter sah in der vordersten Reihe. Er drehte sich um und streifte uns alle mit einem seltsamen Blick. Dann — es schien eine Ewigkeit vergangen zu sein — erhob er sich und trat in den Ring. Große Bewegung ging durch den Zuschauerraum. Wir brüllten wie die Besessenen: „Bravo, Peter! Bravo, Peter!“

Ignaz überlegte Peter um Hauptstärke. Aber wir mußten ja, welche Kraft in Peters Armen ruhte. Peter legte den Kopf ab, dann reichten sich Peter und Ignaz die Rechte. Viele Lampen glänzten, die Manege war grell erleuchtet, und da sah ich, daß Peter sehr bleich war. Ein schrilles Signal ertönte.

Und jetzt geschah das Unglaubliche. Viel schneller geschah es, als man es erzählen kann. Denn Ignaz nahm Peter in die Arme, wie man ein Kind in den Arm nimmt, einen Säugling etwa, der von der Amme genagt wird. So wiegte er ihn hin und her, ohne daß Peter eine Bewegung machen konnte. Minuten vergingen, und immer noch wiegte Ignaz Peter hin und her, wie eine Mutter ihr Kind. Der ganze Zirkus brüllte vor Waden. Wir sahen bestümmert und erschrocken auf unseren Plätzen. Wie war das möglich? Peter hatte uns doch erzählt, er hätte schon einmal mit Ignaz zu tun gehabt.

Peter hatte gelogen.

Jetzt sah Ignaz Peter behutsam zu Boden gleiten, der ein paar taumelnde Schritte nach dem Ausgang machte. Wir schlichen geräuschlos von unseren Plätzen. Wir wollten nichts mehr sehen.

Die Sterne funkten, und der Mond schien hell in das Biered des Hofes, als ich vorsichtig das grüne Holztor aufschloß. Ich war erbittert gegen die Welt und die Menschen, und im Innersten betrauerte ich Peters Schicksal. Denn ich fühlte, daß er dennoch stark war und ein Held. Denn er wußte, daß er unterliegen würde, und doch hatte er es gewagt, dem Stärkeren entgegenzutreten. Aber gleichzeitig fühlte ich dumpf, daß dies eine Art Heldentum sei, die niemals Anerkennung fand.

Es war schon sehr spät, und ich mußte sehen, unbemerkt ins Bett zu gelangen. Als ich an der Rüstentreppe vorbei kam, fiel mein Blick auf den Boden. Einmal und schwarz lehnte er dort, noch immer auf demselben Plage. Diese Niedergeschlagenheit ergriff mich, als ich an die phantastischen Versprechungen dachte, die ich meiner Großmutter auch heute morgen wieder wie alle Tage gegeben hatte. Und ich gelobte mir, die Wege des Hofes am nächsten Tage reinzufegen, blitzblank wie noch nie.

Mit diesem Gedanken schlief ich ein.

mungen, welche der schrillen Routine die größte Unbequemlichkeit verursachen, und von denen sich die mühsamen Konversationschriftsteller und die Untrüder aller Art abwenden, wie die Hunde von einem Glas Wein. An den ersten Vorträgen, welche ein solches Talent hören läßt, erkennen sie die ihnen fremde Rundart des Schönen, den Wohlklang der mißlichen Poesie, und sofort wird nach einem Schlag- und Schellwort ausgehant, mit welchem der Verhörer zu verpönnen, zu insultieren gesucht wird. Da hört man denn geringfügige Labels, wie Formgewandtheit, platte Verse, Gedächtnis. Bei allem Respekt vor der großen Persönlichkeit des Schweizer Dichters: heute, hundert Jahre nach Henjes Geburtstag, stehen wir gefällig und verständnislos über aus seinen Werken, gegen die sich die temperamentvollen Worte Kellers richten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß es nicht zuletzt gerade Gottfried Keller, Konrad Ferdinand Meyer und ihre deutschen Nachfolger in der Romanabteilung waren, die die starke Ueberschattung Henjes selbst verursacht haben.

Selten ist in der deutschen Literatur von einem Dichter oder Schriftsteller die Schönheit seiner äußeren Gestalt so viel gerühmt worden wie von Paul Henje. Wir können heute nur lächeln, wenn wir in Briefen und Aufzeichnungen seiner Zeitgenossen immer und immer wieder erwähnt finden, wie repräsentativ und gepflegt die Erscheinung dieses Mannes war. Das ist ganz gewiß kein Zufall, sondern die geistige Haltung, die festliche Eigenart hatten sich eine äußere Form geschaffen, die in überaus großer Weise der Gepflogenheit, dem Stillsitzen, der Kultur, ja der Weltanschauung des Dichters entsprach. Für den gemeinen Mann, so heißt es in einer älteren Literaturgeschichte ganz richtig, hatte Paul Henje kein Verständnis. Sechs Jahre nach der Märzrevolution, im Jahre 1884, wurde er an den Hof des bayerischen Königs Max II. berufen, der ihm ein bestimmtes jährliches Gehalt aussetzte. Die ähnerische Ueberschattung der 48er Bewegung, der die besten Geister in Deutschland treu blieben, war bei Henje innerlich begründet: sie entsprach vollkommen seinem bürgerlich-aristokratischen Lebensgefühl, das sich von den Rufen der breiten Massen nicht beeinflussen lassen wollte, um an äußerem Glanz und immerer Reize nicht verlieren zu müssen.

Im den Münchener Jahrzehnten überlebte der Dichter geradezu zu seinen ständig machenden Beser- und Fremdeskreis mit den Erzeugnissen seiner Feder. Von 1855 bis 1895 erschienen über 20 Romanebände, und dazu schrieb er mehr als 35 Dramen, deren Namen wir heute kaum noch kennen. Zwischen durch publiziert er Romane, in denen er sich, wenn auch stets nur an der Oberfläche, mit Zeitfragen auseinandersetzt, ohne allerdings die eigentliche Problematik der Zeit zu erfassen. Dabei war dieses Leben nicht frei von Tragik. Nicht allein, daß Henje von ungewöhnlich zahlreichen persönlichen Schicksalschlägen betroffen wurde, wie vom Tode seiner ersten Frau und mehrerer Kinder, mußte er auch den Unfort der Welt am eigenen Leibe verspüren. Man empfand, auch in dem geistig nicht besonders anspruchsvollen Bürgerium der Jahrzehnte, die dem Jahre 1870 folgten, daß dieser Dichter weltlich Neues nicht mehr zu sagen hatte, und man fand wenig schauungswolle Formen, ihm diese durchaus berechnigte Einsicht zum Ausdruck zu bringen. Als dann die naturalistische Epoche stärker einsetzte, half keine Gegenwehr, daß nicht die ererbte Stellungnahme des Dichters selbst: die Hof der Anhängerholst verringerte sich von Jahr zu Jahr, und Henje, der zunächst mit literarischen Mitteln bekämpft wurde, geriet schließlich in Bergessenheit, ein Schicksal, das der von Eitelkeit nicht freie Mann am bittersten empfand. Als er im Jahre 1914 starb, waren die Nachrufe auf ihn äußerlich zwar umfangreich, innerlich aber kühl, und das halbe Menschenalter, das seitdem verlossen ist, hat zwar dazu beigetragen, diesem Mann, der über seine Grenzen nicht hinauskam, vielleicht gerechter zu werden, als die Epoche vor dem Krieg, aber zu einer größeren Anerkennung war und ist ihm nicht mehr zu verhelfen.

Die Sichtweite auf der Erde

Für einen in freier ebener Höhe aufrecht stehenden Menschen, dessen Augenhöhe etwa 1 1/2 bis 2 Meter über dem Erdboden liegt, ist der Horizont 5 Kilometer entfernt; d. h., wir können gerade so weit sehen, wie wir in einer Bestunde gehen können. Um doppelt so weit zu sehen, brauchen wir uns nur um 5 Meter höher, also etwa ins erste Stockwerk eines Wohnhauses zu begeben; einen dreimal so weiten Fernblick können wir aber erst vom Dache eines mehrstöckigen Hauses haben, nämlich in etwa 15 Meter Höhe. Von nun an bringt uns aber ein weiteres Aufsteigen um je 10 Meter zunächst nur einen jedesmaligen Gewinn von durchschnittlich 3 Kilometer Sichtweite und später noch weniger, so daß wir z. B. von dem 101 Meter hohen Schloßharm in Dresden einen Umkreis von 38 Kilometer Radius, und von den Turmspitzen der Marienkirche in Lübeck aus 125 Meter Höhe einen solchen von 45 Kilometer Radius überblicken können; die Laterne des Straßburger Münsters mit 142 Meter bietet uns eine Sichtweite von 45 Kilometer und die Kreuzturm auf dem Turm des Ulmer Münsters mit 161 Meter eine solche von 48 Kilometer. Dies ist die größte Höhe, die ein steinernes Bauwerk in Deutschland erreicht; noch höher ragen die Katenenmaße der Funkenstellen Königswinterhausen (210 und 243 Meter) und Raven (210 und 165 Meter) empor, und von der Spitze des 300 Meter hohen Eifferturms in Paris können wir eine Sichtweite von 66 Kilometer haben.

Zu größeren Höhen über der Ebene bringen uns nur Luftballon, Luftschiff oder Flugzeug. Um eine Sichtweite von 100 Kilometer zu haben, müßten wir schon bis zu etwa 700 Meter Höhe emporsteigen. Würde man beispielsweise über Berlin im Freiballon oder Flugzeug bis zu 12 Kilometer, d. h. bis zu ungefähr der größten für Menschen gegenwärtig erreichbaren Höhe aufsteigen, so könnte man von dort oben ein Stück der Erdoberfläche überblicken, das von einem etwa durch Danzig, Lodz, Oppeln, Kosenburg, Marburg, Soest, Emden, Helgoland, Helsingör, Karakorum laufenden Kreis umgrenzt wird.

Auf dem 8840 Meter hohen Gaurikhanar hätte man eine Sichtweite von 358 Kilometer und eine Blickfläche von 400 000 Quadratkilometer, d. h., man könnte ein Gebiet übersehen, das größer ist als Preußen und Bayern zusammen genommen. In der Wirklichkeit wird natürlich die Sichtweite durch Nebel oder Höhenzüge eingeschränkt.

300 000 Dollar für eine Bühnendekoration. Die Metropolitan Opera in New York brachte in großartiger Ausstattung Klavierschiffers Oper „Sodra“ als Erstaufführung. Wert und Ausführung hatten einen bedeutenden Erfolg. Allein die Dekoration zum „Sodra“ — eine Schöpfung des russischen Bühnenmalers Sudejkin — verursachte einen Kostenaufwand von 300 000 Dollar.

Bürgerliche Dichtung Zu Paul Heyses 100. Geburtstag

Wenn wir uns in diesen Tagen vergegenwärtigen, daß wenige Jahrzehnte erst vergangen sind, seit das offizielle wie das bürgerliche Deutschland dem Romantiker Paul Heyse seine Huldigungen darbrachte, so wird uns bei dieser Rückbetrachtung klar, welche Inhalts- und Gehaltsfülle gerade diese Jahrzehnte ihren Vorgängern gegenüber unterscheidet. Wir denken nicht nur an die literarischen Umwälzungen, die die naturalistische Schule der Holz, Schaf und Hauptmann hervorrief, nicht nur an die neue Formkultur, wie sie von Stefan George und seinem Kreis gepflegt wird, sondern wir denken an die Bewegtheit vor allem des politischen Geschehens, das sich sturzwellenartig über uns dahingog und vieles von dem hinweglegte, was sonst ewiger und pietätvoller Bewahrung sicher gewesen wäre. Wägen wir als äußeres Datum dieser Erscheinung den Weltkrieg ansehen, oder die Lage der deutschen Revolution, das bleibt eine äußere Datierung, die für die eigentliche Beurteilung nahezu gleichgültig ist. Entscheidend sind die Formen, in denen jene Wandlungen sich äußerlich manifestieren, entscheidend ist für die Epoche der letzten Jahrzehnte der Aufstieg der Arbeiterklasse, die — ein Zusammenhang, den man ständig im Auge halten muß — von diesem Augenblick an aufhörte, Objekt einer wohlwollenden oder auch verständnisvollen bürgerlichen Dichtung zu sein,

die jetzt vielmehr sich in der eigentlich proletarischen Dichtung eine neue Ausdrucksform eigenen Erlebens, eigener Bestimmung, eigener Weltanschauung such.

In diesen Zusammenhängen, die hier natürlich nur ganz flüchtig angedeutet werden können, haben wir vielleicht am ehesten die Ursache dafür zu suchen, weshalb eine Dichtungsart, eine Dichterschule, die noch bis etwa ums Jahr 1900 im höchsten Ansehen stand, und die — man muß das zugeben, ob man will oder nicht — auch zur Lieblingslektüre der Arbeiterklasse zählte, heute in einer Weise vergessen ist, die schon gar nicht mehr überboten werden kann. Und wenn wir gerecht sind, und uns mühen, objektiv zu werden, so müssen wir zugeben, daß diese Haltung der Gegenwart einer Persönlichkeit wie Paul Heyse gegenüber vielleicht begründet, bestimmt aber nicht ganz gerecht ist. Denn seine Bedeutung liegt darin, daß er vielleicht als Letzter noch gewisse Verbindungslinien zur deutschen Romantik wahrte, die sich namentlich in den Märchendichtungen seiner ersten Zeit offenbaren, und daß er in der Romantischen Form der Darstellung schuf, wie sie in dieser Art von seinem Nachfolger auch nur annähernd erreicht worden ist. Gegen die Widerwärtigkeit Paul Heyses bemerkte Gottfried Keller gelegentlich: „Die Köpfe, eigentlich künstlerische Persönlichkeit gehört einmal zu den Schrei-

Schutzzollpsychose der Industrie.

Die Torpedierung des deutschen Handelsvertragsystems.

Der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich seit mehreren Wochen mit einer Hochflut von industriellen Anträgen auf Zollerhöhung. Der Reichstag hat dem Reichswirtschaftsrat nicht nur die Zustimmung des Reichstags zu den letzten Zollgesetzen, die eine Erhöhung der Zölle für Automobile, Baumwollgarne und -gewebe sowie für Kammgarne vorsehen, zur gütlichen Stellungnahme übermittelt, sondern auch einen ganzen Schwall von Zollanträgen, die die bürgerlichen Parteien im Reichstag eingebracht haben, sowie Petitionen, die die Industrie an den Reichstag gerichtet hat. Fast die gesamte Textilindustrie, die Kunstseiden-, Baumwoll-, Woll-, Leinen- und Hanfindustrie, ferner die Warenwarenindustrie, verlangen Zollerhöhungen. Auch die Kleinfabrikindustrie ist für zahlreiche Erzeugnisse, darunter für so wichtige wie Schrauben, Kugellager, landwirtschaftliche Geräte usw., ferner die Holzwarenindustrie, die Musikinstrumentenindustrie, die Lederindustrie, die Knopf- und Keramikindustrie in Vertreten. Ferner erheben der Maschinenbau, die Elektroindustrie, aus ausgesprochenen Exportzweigen aber auch die chemische Industrie für einige Industrieerzeugnisse teilweise die Forderung nach verstärktem Zollschutz.

Von Bescheidenheit in den Forderungen ist keine Rede.

Zumeist wird eine Verdoppelung oder Verdreifachung der bestehenden autonomen Sätze verlangt. Mit wenigen Ausnahmen sind dabei die Zollsätze in den für Deutschland entscheidendsten Handelsverträgen gebunden. Einige Anträge gehen sogar so weit, die Kündigung der Handelsverträge zu verlangen, um sofort in den Genuss des erhöhten Zollsatzes zu gelangen. Andere sind nicht ganz so verantwortungslos und verlangen „nur“ für den Ablauf der Verträge Reduzierung oder Beseitigung der bestehenden Ermäßigungen und Bindungen. Praktisch bedeutet auch das die stärkste Gefährdung unseres ganzen Handelsvertragsnetzes, da an den in Frage kommenden Industrieerzeugnissen das Ausland aufs allerstärkste interessiert ist.

Dieses „Zollbegehren“ in der deutschen Industrie wird in einem Zeitpunkt erhoben, in dem man dem internationalen Zollaufrüsten ernstlich halt gebieten will, in einem Zeitpunkt ferner, in dem die Aufrechterhaltung und Ausdehnung des deutschen Industriezweiges

Exports eine Lebensfrage für die deutsche Gesamtwirtschaft ist.

Der verantwortliche Leiter der deutschen Handelspolitik, Ministerialdirektor Posse, hat in diesen Tagen auf die außerordentliche Bedeutung der jetzigen internationalen Bemühungen auf Stabilität des Zollniveaus hingewiesen. „Wenn überhaupt irgendein Staat“, so meint Posse, „dann hat Deutschland seine Wirtschaftspolitik mit voller Kraft in der Richtung des Stillstandes und des Abbaus internationaler Handelsverträge einzusetzen, weil nur die steigende Vitalität der Handelsbilanz, mit anderen Worten, die Ueberlebensfähigkeit, uns Sicherheit für die Erfüllung der uns aufgezwungenen Lasten geben kann.“

Man würde es psychologisch vielleicht noch begreifen können, wenn einige kleine, auf den inneren Markt beschränkte Industriezweige aus ihren Räten heraus an den Staat um erhöhte Zölle appellieren, wiewohl zumeist zollpolitische Maßnahmen die Lage dieser Industrien gar nicht verbessern können. Aber geradezu unverständlich erscheint es, wenn ausgesprochene Exportindustrien, wie die Kleinfabrikindustrie, Textilmaschinenbau, einzelne Zweige der Elektro- und der chemischen Industrie, die den inneren Markt ohne mengenmäßig ins Gewicht fallende ausländische Konkurrenz beherrschen und einen hohen Teil ihrer Produktion, 50 Proz. und mehr, nach den Märkten der ganzen Welt exportieren, höhere Schutzsätze verlangen.

Die Motive

hierfür sind fast immer die gleichen: Man will entweder die ausländische Einfuhr beseitigt wissen, die oft nur ein paar Prozent der Gesamtproduktion ausmacht, oder man verlangt den Zollsatz, um bei der Schaffung und der Erneuerung internationaler Kartelle einen lächelnden Gesichtsausdruck oder eine höhere Quote zu erlangen.

Was soll man z. B. dazu sagen, wenn der deutsche Textilmaschinenbau mit einer Ausfuhr von mehr als 250 Mill. Mark, der eine Einfuhr für etwa ein Drittel in Deutschland nicht in gleicher Preislage oder Qualität hergestellte Maschinen im Werte des zehnten Teils hiervon gegenübersteht, Zollerhöhung um 30 bis 100 Proz. verlangt!

Wie kann ferner die Kleinfabrikindustrie, die rund 50 Proz. ihrer Produktion im Ausland absetzt und eine typische deutsche Ausfuhrindustrie darstellt — die Einfuhrquote beträgt nur etwa 3 Proz. der Gesamtproduktion — sich dazu verstehen, für zahlreiche Stahlwaren beträchtliche Zollerhöhungen zu verlangen?

Es scheint fast unbegreiflich, wie diese Industrien nach außen hin immer wieder ihre freihändlerische Einstellung betonen, die über die Höhe der Zölle ihrer Kundenländer teilweise mit Recht klagen und für die Aufrechterhaltung der Handelsverträge und der Exportbegünstigungen eine Existenzfrage ist, eine Zollpsychose mitmachen, durch die sie ihre eigenen Exportmöglichkeiten wie die der deutschen Gesamtwirtschaft aufs Spiel setzen.

Der Reichsverband der Industrie hat in seiner Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“

die Bedeutung der Handelsverträge für die deutsche Exportentwicklung anerkannt und betont, daß es unbedingt notwendig sei, „daß das System der Handelsverträge vor jeder Erschütterung bewahrt bleibt“. Er hat weiter betont, daß eine allgemeine Erhöhung des deutschen Zollniveaus das System der deutschen Handelsverträge erschüttern und damit die Interessen der Industrie schwer gefährden würde und daher nur „ausnahmsweise im Falle eines dringenden Notstandes ohne Gefährdung der Handelsverträge Zolländerungen in Frage kommen können.“

Wie reimen sich diese Richtlinien des Reichsverbandes mit dem Vorgehen der einzelnen deutschen Industriezweige zusammen, die doch wie der Maschinenbau, die Elektroindustrie, die Holzwaren- und Textilindustrie, im allgemeinen recht enge Beziehungen zum Reichsverband unterhalten? Die Bewilligung auch nur eines Teils der gewünschten Zollerhöhungen würde die stärkste Beunruhigung, wenn nicht sogar Zerrüttung, unseres Handelsvertragsnetzes zur Folge haben. Einen „dringenden Notstand“ für den Textilmaschinenbau, für die Kugellagerindustrie, für die Kugellagerindustrie, für die Schraubenindustrie, um nur ein paar zu nennen, wird der Reichsverband beim besten Willen nicht anerkennen können. Die Schutzzollpolitik zeigt ein bedauerliches Maß von Verantwortungslosigkeit, wirtschaftspolitischer Kurzsichtigkeit und Unverständnis.

Wirkliche Uebel. — Widerstand gegen die Schutzzollpsychose.

Nun sind nicht alle Zollerhöhungsanträge so vertriegen und — sprechen wir so ruhig aus — so unerschämte, wie einige der von uns oben genannten Fälle. Eine ganze Reihe von Industrien verlangt aus akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach erhöhtem Zollsatz.

Geht man den Dingen im einzelnen nach, insbesondere bei der Textilindustrie, so zeigt sich, daß die unbefriedigende wirtschaftliche Lage durch den inländischen Konjunkturrückgang bedingt ist, daß übergroße ausländische Einfuhren nirgends an der schlechten Beschäftigung der Industrie schuld sind. Es zeigt sich aber noch weiterhin, daß vielfach Mängel der industriellen Organisation (so z. B. in der Baumwollindustrie die übergroße Kapazität und die ungenügende Spezialisierung der einzelnen Betriebe) für die unbefriedigende Rentabilität der Industrie verantwortlich zu machen sind. Nicht erhöhter Zollsatz, nur Beseitigung dieser organisatorischen Schwächen kann die wirtschaftliche Lage der Industrien wieder heben. Neben der handelspolitischen Rücksichtnahme verbieten also auch innerwirtschaftliche Gründe einen erhöhten Zollsatz.

Höhere Zölle zur Verhinderung der Preisenkung.

Es muß ferner noch ein allgemeiner sehr wichtiger Gesichtspunkt beachtet werden. Das deutsche Preisniveau hat sich zwar insgesamt, seitdem sich der Konjunkturrückgang immer fühlbarer geltend machte, gesenkt — die Kartellpreise sind allerdings im Gegensatz zu dieser allgemeinen Tendenz in ihrer vielfach unberechtigten Höhe aufrechterhalten worden — die Preisenkung ist jedoch aus verschiedenen Gründen noch völlig unzureichend. Wir haben heute in der ganzen Welt einen Rückgang des internationalen Preisniveaus, der seine Ursachen hat in einem starken Fall der

Jetzt auch New York.

Diskonterfung von 4 auf 3 1/2 Prozent.

Die Bundesreservebank in New York hat die lange erwartete Diskonterfung von 4 auf 3 1/2 Proz. jetzt vollzogen. Die amerikanischen Blätter begründen die Diskonterfung mit der Ansicht, die amerikanische Konjunktur, die in den letzten Monaten stark erschüttert wurde, wieder anzuregen. Für Deutschland bedeutet die amerikanische Kreditverbilligung eine Vergrößerung der Zinsspanne zwischen New York und Berlin, mit der Folge, daß sich der Anreiz, amerikanische Kapitalien nach Deutschland zu lagern, wieder etwas verstärkt.

7 Proz. Hapag-Dividende.

Vor einer Verständigung der Großreedereien.

Der Aufsichtsrat der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt A.-G. (Hapag) hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1929 die gleiche Dividende wie im Vorjahr in Höhe von 7 Proz. auszuschütten. Die Hapag bleibt damit wieder um 1 Proz. unter der Dividende des Norddeutschen Lloyd in Bremen zurück.

Ueber die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen zwischen der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd, die eine enge Zusammenarbeit dieser beiden größten deutschen Reedereien zum Ziele haben, wird von dem Aufsichtsrat der Hapag nichts mitgeteilt. Es ist jedoch zu erwarten, daß auf den Generalversammlungen der beiden Unternehmungen die Verhandlungen zu dieser für die deutsche Schifffahrt entscheidenden Frage öffentlich Stellung nehmen werden. Soweit bisher bekannt geworden ist, haben die beiden Großreedereien in dem offenen Konkurrenzkampf, der wiederholt scharfe Formen angenommen hat, doch ein Haar gefunden und suchen jetzt eine Verständigungsbasis, die zwar nicht zu einer Verschmelzung der beiden Riesenunternehmen, aber doch immerhin zu einer sehr engen Gemeinschaftsarbeit führen soll. Sedenfalls haben die Leiter der beiden Gesellschaften endgültig den Plan aufgegeben, mit Hilfe der noch in diesem Jahre zu erwartenden Freigabemillionen aus Amerika ein gegenseitiges Wettrennen aufzunehmen.

Roheisenproduktion im Februar.

Nur geringe Senkung.

Die Produktion der deutschen Hochofen stellte sich nach dem Bericht der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ im Monat Februar auf 0,98 gegen 1,00 Millionen Tonnen Roheisen im Vormonat. Arbeitstäglich wurden im Februar 3447 Tonnen gegen 3522 Tonnen im Januar erschaffen. Die arbeitstägliche Leistung hat sich also gegenüber dem Januar im Monat Februar um 2 Proz. verringert. Gegen den Februar 1929 hat sich die arbeitstägliche Produktionsleistung um 1,7 Proz., also gleichfalls unmerklich vermindert.

9 Proz. Reichsaluminium-Dividende.

Die Vereinigte Aluminiumwerke A.-G. in Sauta — mit dem 24-Millionen-Kapital voll im Besitz des Reiches — weist für 1929 einen von 4,60 auf 3,76 Millionen ermäßigten Reingewinn aus, bei Reserverückstellungen von insgesamt 1,25 Millionen Mark. Der Abschlag hat sich im vergangenen Jahre, trotz des gegen Jahresabschluss sich durchziehenden Konjunkturrückganges, noch um 10 Prozent erhöhen lassen. Das Reich, d. h. zunächst die „Diag“, erhält, wie im Vorjahre, eine Dividende von 9 Prozent.

Drenstein & Koppel kaufen Dessauer Waggon

Die Konzentration in der Waggonindustrie ist nach längerer Ruhepause wieder voll in Fluß gekommen. Nachdem erst im Rheinland vor wenigen Tagen wichtige Zusammenschlüsse, über die wir bereits berichteten, stattgefunden haben, hat die Bewegung jetzt auch auf Mitteldeutschland übergegriffen.

So hat das Berliner Großunternehmen, die Drenstein u. Koppel A.-G., die zu den finanzkräftigsten Unternehmungen in der deutschen Fahrzeugindustrie gehört, jetzt die Dessauer Waggonfabrik aufgekauft. Das Dessauer Werk, dessen Beschäftigungsgrad sehr zu wünschen übrig ließ, wird durch die Verschmelzung entschieden gewinnen. Drenstein u. Koppel wird das Werk voll in Betrieb halten, was durch weiteren Ausbau der Spe-

wichtigsten Rohstoffpreise und der allgemeinen weltwirtschaftlichen Depression. Das Konjunkturinstitut hat in seinem letzten Vierteljahresbericht festgestellt, daß die Preise für wichtige Rohstoffe seit Herbst 1929 in Deutschland wesentlich geringer zurückgegangen sind als im Ausland.

Dabei kann kein Zweifel darüber herrschen, daß der Konjunkturrückgang in Deutschland viel härtere Auswirkungen angenommen hat als in irgendeinem anderen europäischen Lande. Wir haben heute trotz fünfjähriger Rationalisierung und trotz eines außerordentlichen Tiefstandes der Rohstoffpreise ein übersehbares industrielles Preisniveau. Der Großhandelsindex für industrielle Fertigerwaren liegt noch immer 55 Proz. über dem Vorkriegsstand, für Fertigwaren, um nur ein Beispiel herauszugreifen, ist nach dem Anstieg noch immer eine Vertiefung um mehr als 75 Proz. über dem Vorkriegsstand zu verzeichnen, während die Textilrohstoffe nur um 25 Proz. über dem Vorkriegsniveau liegen. Diese Entwicklung bedarf unbedingt einer Korrektur. Die Häufung der jetzigen Zollanträge ist sicher ein Anzeichen dafür, daß heute bereits ein gewisser Preisdruck von der ausländischen Konkurrenz ausgeht, und die Industrie durch erhöhte Zollsätze diese preisregulierende Wirkung der ausländischen Konkurrenz verhindern will. Würde man den jetzigen Zollanträgen nachgeben, so würde, — von allen handels-, konjunktur- und exportpolitischen Konsequenzen abgesehen — die jetzige Preisabwärtigung zum vorzeitigen Stillstand gelangen und damit auch die Ueberwindung der jetzigen Wirtschaftsdpression hinausgezögert werden.

Auch wichtigste konjunkturpolitische Bedenken fordern also die schärfste Abwehr gegen die jetzige Zollerhöhungstendenz der Industrie. Der Reichswirtschaftsrat wird sich bei keinem Gutachten diesen zwingenden Gründen hoffentlich nicht verschließen. Aber auch der Reichstag muß mit aller Entschiedenheit die Zollanträge zurückweisen. Für die großen zentralen Industrieverbände endlich ist es höchste Zeit — wenn sie sich nicht dem Vorwurf einer handels- und zollpolitischen Doppelmoral aussetzen wollen —, in ihren eigenen Reihen die englischen Interessenkreise auf die gesamtwirtschaftlichen Gefahren ihres Vorgehens aufmerksam zu machen und mit der Zollpsychose radikal aufzuräumen.

zifizierung und Arbeitsteilung werden voraussichtlich auch dem neu-ermorzten Dessauer Betrieb größere Aufträge zur Bearbeitung überweisen werden.

Hiermit scheint die Konzentration im mitteldeutschen Waggonbau noch nicht beendet zu sein, denn, wie gerüchelt wurde, interessiert sich die Drenstein u. Koppel A.-G. auch für den Erwerb der Waggonfabrik Gebrüder Lindner in Annaberg. Auch eine Angliederung der Gothaer Waggonfabrik, die sich seit Jahr und Tag in großen finanziellen Schwierigkeiten befindet, liegt durchaus im Bereich der Möglichkeiten.

Trotz starker wachsender Energieverbrauch in Schlesien. Nach dem Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke Siegen A.-G. ist im Jahre 1929 die Stromerzeugung von 19,2 Millionen auf 20,9 Millionen Kilowattstunden gestiegen. Bereits im Vorjahre war eine Steigerung der Energieerzeugung von 17,7 Millionen auf 19,2 Millionen Kilowattstunden eingetreten. Dem entsprechend hat sich auch die nutzbare Stromabgabe von 14,2 Millionen auf 15,8 Millionen Kilowattstunden erhöht. Aus dem von 0,62 Millionen auf 0,65 Millionen Mark erhöhten Reingewinn wird wieder eine Dividende von 10 Proz. verteilt.

Die vom Reich subventionierte Schichau G. m. b. H. in Elbing hat von der Union-Bieherei Königsberg die Abteilungen Schiffbau, Schiffmaschinenbau, Eisenkonstruktionen, Brückenbau, allgemeiner Maschinenbau und Keilenschneide käuflich übernommen. Der Königsberger Betrieb wird ab 17. März für eigene Rechnung als Zweigbetrieb der Elbinger Schichau-Firma weitergeführt. Damit sind die vom Reich und von Preußen für die Königsberger Union vorgesehenen Maßnahmen trotz des Widerstands und der Hetze des Direktors Hartung zur Durchführung gelangt.

Indien bestellt 16 Lokomotiven bei der Hanomag. Die hannoversche Maschinenbau-A.G. (Hanomag), die erst vor wenigen Tagen eine größere Bestellung auf zehn kleinere Lokomotiven erhielt, hat jetzt von der indischen Eisenbahn einen weiteren größeren Serienauftrag auf 16 mittelgroße Lokomotiven mit Tendern erhalten. Der Beschäftigungsgrad der Abteilung Lokomotivbau bei der Hanomag verbessert sich also zusehends. Nach unvordenklichen gebliebenen Bestellungen sind seit Jahresbeginn insgesamt Aufträge auf 84 Lokomotiven eingegangen, die den Arbeitsbedarf für fast ein Jahr decken dürften.

Großeinkäufe des amerikanischen Oelrignis in Sowjetrußland. Nach New-Yorker Meldungen hat die amerikanische Standard Oil Corporation, die sich im Besitz von Rockefeller befindet, mit der Sowjetunion einen auf fünf Jahre laufenden Vertrag abgeschlossen. Nach dem Abkommen liefert das russische Raphthofoyndat jährlich eine Million Tonnen Petroleum, deren Wert sich auf über 100 Millionen Mark stellt. Der Gesamtwert des Vertrages beläuft sich also auf eine halbe Milliarde Mark.

„Europa-Wirtschaft“, eine neue zollpolitische Zeitschrift. Im Vertrag von Rostock, Berlin-Grunow, läßt Dr. Wilhelm Grotzky ein „Europawirtschaft“ erscheinen (Halbjährlich 3. — 2. — 2.), deren erstes Heft mit Beiträgen des Herausgebers zur Zollfriedenskonferenz und zum Problem des europäischen Zollabbaus sowie u. a. auch von Banting, der einen bevölkerungspolitischen Artikel „Europa an der Schwelle zweier Geschichtsepochen“ veröffentlicht. Die Zeitschrift wird sich zwangsläufig zu einer zollpolitischen Spezialpublikation im Weltmaßstab entwickeln, womit in der Tat für die Herausgeber und Mitarbeiter große und bedeutungsvolle Arbeitsmöglichkeiten gegeben sind. Dr. Wilhelm Grotzky ist ein Vorkämpfer des europäischen Zollabbaus und hat jetzt in demselben Verlag ein Buch „Die Zölle wieder! Wege zur europäischen Wirtschaftseinheit“ erscheinen lassen.

Deutsche Bank-Diskonto-Gesellschaft wächst weiter. Das seit 140 Jahren bestehende Privatbankhaus A. Wichelhaus & Sohn wird sich mit der Oberleder Bankverein A. G. vereinigen, die von der Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft beherrscht wird.

Die internationale Rohstoffgemeinschaft wurde bis zum Oktober 1929 verlängert. Für das zweite Vierteljahr 1930 bleiben das bisherige Produktionsprogramm und die Verkaufsbefugnisse für die Fördergruppen unverändert.



Pfarrer Heumann's Heilmittel

bewährt bei zahlreichen Krankheiten. / 180000 Dankeschreiben. / Das Pfarrer Heumann-Buch (272 S., 150 Abb.) erhält jeder, der sich auf dieses Inserat bezieht, völlig unsonst und portofrei durch Ludwig Heumann & Co., Nürnberg S 10. Die Pfarrer Heumann-Heilmittel erhalten Sie

in allen Apotheken Berlins bestimmt Dions-Apothek, Berlin N 31, Anklamer Straße 29, Nähe Rosenthaler Platz, Adler-Apothek, Berlin-Friedenau, Rheinstr. 16, Neugasse-Apothek, Berlin O, Gubener Str. 23, Nähe Warschauer Brücke, Schweizer-Apothek, Berlin W 8, Friedrichstr. 173, Friedrich-Wilhelm-Apothek, Charlottenburg, Leibnizstraße 108, Kronen-Apothek, Spandau, Schönwalder Straße 26, Rosen-Apothek, Eichwalde-Berlin.